

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 6 vom 8. Februar 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Zur Arbeits-
zeitordnung
Seite 5„Die heimliche
Verkabelung“
Seite 7/810 Jahre
Rote Hilfe
Deutschlands
Seite 10

Die WAA

An geheimgehaltenem Ort trafen sich am vergangenen Montag die Spitzenmanager der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK), um den Standort für die Erste Atomfabrik in der Bundesrepublik festzulegen. Am Abend wurde bekannt, Bayern hatte „gesiegt“, gebaut wird in Wackersdorf in der Oberpfalz, das niedersächsische Dragahn war aus dem Rennen. Die nachfolgenden Meldungen, Kommentare und Stellungnahmen beschäftigten sich fast ausschließlich mit dem „Sieger“ und den „Besiegten“. Niedersachsens Albrecht war sauer, jetzt hat sein Land „nur“ die Atomüllanlage, die profitable Fabrik steht in Bayern. Obwohl die DWK zugesichert hat, als Ausgleich dafür in Niedersachsen mindestens ein großes Atomkraftwerk zu bauen, will Albrecht nicht nur den Müll, sondern auch die Arbeitsplätze und die Steuern der WAA haben. Die bayerische Landesregierung begrüßt die Entscheidung, die nicht zuletzt wegen der „stabilen politischen Verhältnisse“ für Wackersdorf ausfiel. In Niedersachsen könnten nämlich bald Atomgegner im Landtag bestimmen.

Die WAA ist ein Projekt, bei dem nicht nur Zweifel an der Beherrschbarkeit der Technik und der Absicherung vor radioaktiven Umweltbelastungen bestehen. Auch wirtschaftliche Prognosen sind lange überholt. Der wiederaufbereitete Brennstoff wird viel teurer sein, als das Uran, das auf dem Weltmarkt angeboten wird. Die Stromerzeugung wird sich mindestens um 2 Pfennig pro Kilowattstunde verteuern, die Baukosten der Fabrik — angesetzt mit vier bis fünf Milliarden können — vor allem nach den Erfahrungen von Kalkar — leicht auf zehn Milliarden klettern. Der Arbeitsplatzeffekt für die Region — insgesamt sollen 1600 Leute dort arbeiten — ist gering.

Im Oktober 1993 soll die Anlage zum ersten Mal „heiß“ laufen. Bislang gab es in allen Anlagen dieser Art Unfälle. Ein großer Unfall in Wackersdorf würde Tausende Quadratkilometer in Mitteleuropa unbewohnbar machen.

Der Jahreswirtschaftsbericht und die Wirklichkeit

2,6 Millionen ohne Arbeit

Die vier Hauptfeinde des Kapitalismus sind Winter, Frühjahr, Sommer und Herbst. So läßt es sich jedenfalls verstehen, was die Vertreter der Bonner Regierung zu der Tatsache sagen, daß sofort nachdem sie ihren rosaroten Jahreswirtschaftsbericht verabschiedet haben, die jüngste Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ihnen einen dicken Strich durch ihre Täuschung machen.



Der Winter sei schuld, daß die Zahl der Arbeitslosen in einem Monat um über 300 000 Menschen angestiegen sei, er würde die Optik verzerren, der Aufschwung laufe nach wie vor. Der enorme Anstieg sei im wesentlichen auf die Bau- und Gartenbauwirtschaft zurückzuführen. Norbert Blüm war es vor allem, der versuchte weiterhin auf Optimismus zu machen — selbst sein Parteifreund Franke, Chef der Bundesanstalt für Arbeit, wollte diese Aussagen so ohne weiteres nicht teilen.

Es sind Tatsachen, die gegen Blüm und Co. sprechen, die Bangemanns Bericht zu einem Fetzen Papier machen. Tatsache ist, daß der konkrete Anstieg zwar hauptsächlich aber keines-

falls nur aus den genannten Bereichen kommt. Die BfA-Erklärungen zeigen, daß auch die Kündigungsfristen zum Vierteljahresende am 31. 12. im Angestelltenbereich eine wesentliche Wirkung entfachten. Die Rationalisierungswelle in den Büros ist es, die sich hier auswirkt. Und was die Bauwirtschaft betrifft, so handelt es sich keineswegs nur um Wintereinflüsse. Schon lange ist hier offensichtlich, daß die Bauwirtschaft in eine eigene Krise geraten ist. Nicht zuletzt verursacht durch die allgemein betriebene öffentliche Haushaltspolitik, die auf Kürzung beziehungsweise Verzicht auf zahlreiche Bauvorhaben hinauslief, womit keinesfalls ein paar überflüssige Repräsentationsbauwerke gemeint sind.

Auch Franke konnte sich nicht vorstellen, daß all die entlassenen Baubeschäftigten nun im wärmeren Februar sofort wieder eingestellt werden — und nur dann wären ja Blüms Behauptungen wahr.

Die Neuigkeiten, die in den letzten Tagen gehandelt wurden, sprechen keinesfalls für eine Verbesserung der Lage, eher für eine Verschärfung. Entlassungen im Raffineriebereich, Drohungen in diese Richtung in der Automobilindustrie — das waren die deutlichsten Worte dazu. Alles ist vorbereitet. Für die Politik, die systematisch die Verarmung und Ausgrenzung der Arbeitslosen betreibt. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden kontinuierlich gekürzt, stehen jedes Mal zur Disposition, wenn Löcher, die

Fortsetzung auf Seite 3

Auch er trauert, nur anders:

Geißler, Hitler und der 8. Mai

Wo über Faschismus gesprochen wird, kann Heiner Geißler nicht weit sein: Der Mann, der mit dem Nazi-Vorwurf gegen alles schimpft, was ihm nicht paßt, weigert sich, das Ende der faschistischen Diktatur in Deutschland zu feiern.

Seine diesbezüglichen Ausführungen auf dem hessischen Parteitag der CDU waren selbst für ihn, den schon so mancher als Dreckschleuder bezeichnet hat, ausgesprochen offen.

Er wolle nicht, daß der 8. Mai gefeiert werde. Einmal müsse man der Opfer gedenken, also trauern. Zum anderen sei es ja der Sieg des „kommunistischen Sozialismus“ gewesen, der da stattgefunden hat. Und da fände er, Geißler, es besser, wenn damals beide, Faschismus und eben dieser „kommunistische Sozialismus“ von der Bildfläche verschwunden wären.

Nun kann selbst ein Geißler geschichtliche Tatbestände nicht völlig außer acht lassen. Und da war es nun einmal so, daß die Hauptlast des Krieges gegen die deutschen Nazis eben auf den Schultern der Völker der UdSSR lag — und daß diese gewonnen haben. Das bedauert er nun zutiefst.

Für jemanden, der einer Partei angehört, die gerade in diesen Tagen deutlich macht, daß sie die Ergebnisse des damaligen Krieges revidieren will, dürfte es nachzuvollziehen sein, daß er der Aussagekonstruktion verdächtigt wird. Daß

beide Seiten den Krieg verlieren, ist ja nun ein Ding schierer Unmöglichkeit, auch wenn es einst solche Hoffnungen jenseits des Atlantik gegeben haben mag.

Also kann man die Aussage darauf reduzieren, daß er den Sieg der UdSSR bedauert. Der Rest ist eine Konstruktion, die er gemacht hat, um nicht allzu bloß dazustehen.

Aber auch der erste Teil seiner Bekundung ist pure Heuchelei. Trauert um die Opfer — als Gegensatz zur Freude über die Zerschlagung des deutschen Faschismus? Wieso denn das, Herr Geißler, möchte man ihn fragen.

Fortsetzung auf Seite 2



Erste Aktion nach Raketenunfall 10 000 für Auflösung der Raketenbasis Waldheide

Wie bereits berichtet, hätte der 11. Januar 1985 der Tag X für die Heilbronner und für die Menschen der umliegenden Gemeinden werden können. Auf der Raketenbasis Waldheide war die erste Stufe einer Pershing II in Flammen aufgegangen. Bis zu 120 Meter weit wurden die Trümmer des Raketenmotors geschleudert.

Die Beinahe-Katastrophe brachte die Aufrüstungsbefürworter der CDU im Heilbronner Gemeinderat in Schwierigkeiten. Sie, die bis vor kurzem noch mit allen Tricks verhindern wollten, daß der Gemeinderat überhaupt über die Raketen diskutiert und auch noch dagegen stimmten, als die Mehrheit des Gemeinderats die Raketen als „unerwünscht“ erklärte, sahen sich plötzlich unter erheblichem Druck durch die Bevölkerung. Im Interesse einer möglichst einstimmigen Erklärung des Gemeinderats half ihnen die SPD aus der mißlichen Situation. Nach langen Beratungen wurde eine Formulierung gefunden, in der zwar die unverzügliche Beseitigung des Raketenstandorts Heilbronn gefordert, der Nachrüstungsbeschluß jedoch nicht in Frage gestellt wird. Ob es der CDU reicht, um ihr Gesicht zu wahren, ist allerdings mehr als fraglich. Ihr „überall, nur nicht hier“ entlarvt sich als reine Taktiererei. Zumal sie natürlich bei den Unterzeichnern des Aufrufs für die Demonstration nicht zu finden war. Dem von der SPD, den Grünen, dem DGB und Friedensinitiativen verfaßten Aufruf zu einem Schweigemarsch zur Waldheide folgten dann über 10 000 Menschen aller Altersgruppen.

Zum Auftakt sprach der Heilbronner SPD-MdB Spöri. Ziel seiner Kritik war die Geheimhaltungspolitik der Regierungsverhältnisse und die Täuschung der Bevölkerung über die Gefahren und die Feigheit der örtlichen CDU. Daß seine Rede keine Begeisterung weckte, kann nicht am strömenden

Regen allein gelegen haben. So leicht vergißt man nicht. Hinzu kam, daß die Demonstration als Schweigemarsch mit anschließender „Umarmung“ der Waldheide innerhalb der Friedensbewegung auf heftige Kritik gestoßen war. In der Kürze der Zeit war es allerdings nicht mehr gelungen, ein gemeinsames Vorgehen der Linken zu erreichen (im Gespräch war ein Anti-NATO-Block). Dennoch war die Demonstration durch die große Beteiligung der Bevölkerung ein Erfolg. Weitere Aktionen sind vorgesehen. Diskutiert werden die Möglichkeiten einer Totalblockade der Waldheide.

Mitte Februar ist der Besuch von Kriegsminister Wörner angesagt, dem ein würdiger Empfang bereitet werden wird. Auch in den Gemeindeparlamenten ist vieles in Bewegung geraten. Es gibt kaum noch eine Gemeinde in der näheren Umgebung, in der der Rat nicht gegen die Pershing auf der Waldheide Stellung bezogen und gegen den Transport von ABC-Waffen auf ihrem Gebiet protestiert hat.

In Heilbronn selbst wird im Zuge der Verabschiedung des Haushalts 85 noch einiges zur versteckten Finanzierung der Aufrüstung durch die Stadt zu sagen sein. So wird von den Stadtwerken der US-Armee ein Gasheizwerk für 25 Millionen hingestellt. Die Alternative linke Liste, in der auch die KPD mitarbeitet, Grüne des Ortsvereins Heilbronn und verschiedene andere Organisationen laden zu diesem Thema zu einer Informationsveranstaltung ein. Ort: Jugendhaus Schillerstr., Heilbronn, 13. 2. 85, 19.30 Uhr.

Der treue Freund

Weit vom Schuß, in Reagans Kalifornien, gab Herr Flick Auskunft. Über seine künftigen parteipolitischen Absichten und persönlichen Wünsche. Für die große Schlacht von 1987 stehe sein Geld den Herren Kohl und Bangemann selbstverständlich zur Verfügung, so seine wichtigste Aussage. Und die betreffenden Kassierer haben sich ja denn auch bereits beeilt — ganz unverbindlich, versteht sich — zu betonen, daß sie jederzeit finanzkräftige „Spenden“ gebrauchen können.

Woraus logischerweise der Schluß gezogen werden darf, daß auch die kommende Bundestagswahl, der Wahlkampf von CDU/CSU und FDP, von Flick finanziert sein wird. Es ist ja nicht der erste — aber der erste nachdem die politischen Verbindungen des Hauses Flick zu den Bonner Parteien so deutlich in die Öffentlichkeit gelangten.

Daß sich in dieser Situation die Kohl und Co. noch nicht einmal nach außen ein bißchen um Distanz zu Flick gesorgt haben — den sie ja in den letzten Monaten immer als „bösen Buben“ und Einzelgänger darzustellen sich bemüht haben, zeigt, wie weit sie sich bereits sicher glauben. Sicher sind sie sich darin, daß ihre Kampagne, die ganze „Spendensache“ sei normal, höchstensfalls seien aus Unkenntnis bestimmte Verfahrensfehler gemacht worden, sich zunehmend auswirkt, eine Kampagne, die in einer echten konzentrierten Aktion von Unternehmern und ihren politischen Vertretern sowie den Medien vorgetragen wird.

Der Erfolg dieser neu aufgelegten Amnestiebemühungen basiert darauf, daß sie alles getan haben und weiter tun, um zu verhindern, daß neue Erkenntnisse in die Öffentlichkeit gelangen.

Massive Desinformation kommt begleitend hinzu: Keine Zeitung in der letzten Woche (außer den in dieser Sache besonders profilierten) die nicht voll mit Dementis über die Existenz des Kaufhauskartells „Mauritius“ gewesen wäre. Springers „Welt“ setzt die Pflöcke weiter vorn: Sie klagt, daß dem Ober„spender“ Althoff sein Bundesverdienstkreuz nicht verliehen wird. In der Tat, Merkle und Flick haben es auch...

„Einflußagenten“

Wildwest in Germany: Kommunistische Agenten legen im Umkreis von friedlichen Atomkraftwerken radioaktive Stoffe aus, die Männer vom Staatssicherheitsdienst aus Ostberlin hetzen unschuldige Bürger zum Protest gegen Friedensraketen, vom Ausland gesteuerte Journalisten behaupten, westdeutsche Unternehmer hätten Hintergedanken, wenn sie selbstlos die bürgerlichen Parteien finanzieren. Im wahren Sinne des Wortes also: Brunnenvergifter am Werk.

So läßt sich — keineswegs übertrieben — die Darstellung des Staatssekretärs im Innenministerium, Spranger, zusammenfassen, mit der er in den letzten Wochen die Öffentlichkeit beglückte. In dieser Weise „über alle deutschen Sender“ gebracht, ist dies — für heutige Zeiten — neu. Das Wirken fremder Geheimdienste auf dem Boden der BRD ist allseitig und keineswegs auf Spionage beschränkt, sondern da gibt es eben noch den viel gefährlicheren Einflußagenten.

Das Volk vernehme die Botschaft und wappne sich: Wer anderer Meinung ist als Spranger, sein — juristisch untadlig — Dienstherr und ihre Finanziere, der ist doch sehr wahrscheinlich ein Agent — oder einem solchen aufgesessen. Neu ist dies nur in dieser Breite und für die heutige Zeit. Diese Art des Vorgehens ist uralte und erlebte seine Blütezeit in jenen 12 Jahren, deren Ende Spranger und Co. nicht gefeiert haben wollen. Dies steht beispielsweise in einer Linie mit der Mittelamerika-Politik des USA-Imperialismus, die ja von dem Grundsatz ausgeht, jeder Indio, der nicht von Coca-Cola-Leuten geschlachtet werden will, sei ein kommunistischer Agent oder seine Marionette.

Mit der These vom „Einflußagenten“ ist, im Prinzip, auch der Weg eingeschlagen, solch störende — und ja nun wohl nicht im überreichem Maße vorhandene — Dinge wie Presse- und Meinungsfreiheit frontal zu attackieren. Das ist der Weg zurück — noch nicht in die Goebbelszeit, der Meister bleibt einstweilen unnachahmlich, aber doch in die Zeit der „Spiegel“-Prozesse Adenauers.

Urteile wegen „verwerflichem Tun“ wie sie gegenwärtig in Schwäbisch Gmünd gesprochen werden, passen voll und ganz in diese Landschaft“. Es ist der Weg der ausdrücklichen Diffamierung und Diskriminierung jeglicher, auch nur teilweisen, Opposition.

Nach Sprangers Verlautbarungen jedenfalls muß es jeder wissen: daß Heinrich Lübke KZs gebaut habe, ist reine Erfindung. Eines tschechoslowakischen Einflußagenten. Die den Heinrich damals gekannt und beobachtet haben, standen halt schon vor über 40 Jahren unter solchem Einfluß. Oder wie?

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Montania-Druck, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Zur fortgesetzten Revanchismus-Debatte

Anerkennung von Grenzen soll um jeden Preis verhindert werden

Mit der von Kohl angezettelten Debatte um das „Schlesier-Motto“ ist die Debatte um den Revanchismus voll entbrannt. Scharfmacher wie Hupka sind zufrieden, weil die Frage wieder in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Und während die Rechtsaußen in der CDU/CSU loshämmern, gewährt ihnen die Parteiführung Flankenschutz.

Das selbe Blatt „Unser Oberschlesien“, das unter dem ewigen Motto erscheint „Wir verzichten nie! Oberschlesien gehört uns!“ ernannte Kohl zum „Anwalt der Vertriebenen“.

Die erste Auswirkung dieser ganzen Entwicklung ist es in der Tat, daß die Parolen, die zu Grenzrevision aufrufen, die offen die Neuordnung der Kriegsergebnisse (und das heißt Revanche) fordern, wieder stärker in die Öffentlichkeit dringen.

Zum zweiten gibt es eine eindeutige öffentliche Formierung auch der rechtsten Strömung in den Unionsparteien. Der Autor des — von der CDU-Führung verzweifelt als Einzelgängertat bezeichneten — Artikels, der im Schlesierblatt den Einmarsch der Bundeswehr in Gebiete Polens und der UdSSR forderte, war nicht nur Mitglied der Schlesischen Jugend (deren Bundesvorstand dieser angeblich dem Bundesvorstand der Landsmannschaft unbekannte Jungnazi angehörte), sondern auch der Jungen Union Goslar. Diese wurde in den letzten Jahren rund um die Zeitung „Phönix“ aufgebaut, die nichts anderes war als ein neonazistisches Kampfblatt, einschließlich Göring-Verehrung. Solch ein Prozeß der faschistischen Unterwanderung der JU ist in vielen Städten zu

verzeichnen, nun hat er bundesweit seinen vielleicht bisher deutlichsten Ausdruck gefunden.

Das führt drittens auch zu bestimmten Differenzierungen innerhalb der CDU. Blätter wie



der „Rheinische Merkur“ fordern eine deutlichere Distanzierung von offen revanchistischen Parolen, als es die Bonner CDU-Führung zu tun bereit ist. Im Gegenteil betreibt sie keinerlei Distanzierung.

Dabei kommt, wie immer, wenn wichtige Fragen anstehen, neben dem scheinbar naiv-aufrechten Getue Kohls auch das forsch-rektionäre Auftreten von Alfred Dregger. Dieser umreißt seine Position diese Woche nochmals ausführlich in einem „Spiegel“-Gespräch.

Dort führt er die Linie der CDU deutlich vor: Auf keinen

Fall eine Garantie irgendwelcher Grenzen abgeben. Jegliche Art von Ausflüchten wird dazu genutzt. Juristisch ginge es eben nicht, man müsse die Zukunft abwarten, Freiheit sei auch wichtig (und welche Art Freiheit entscheiden natürlich Dregger und Co.). Damit stellt er einen ganzen Katalog solcher Ausflüchte in einem Gespräch zusammen.

Dazu berufen sich die Dreggers auf alles Mögliche: Auf das

Grundgesetz, auf das Bundesverfassungsgesetz, auf die auch so vielen Millionen Vertriebenen.

Die Millionenzahl von „Vertriebenen“ haben sich die Bundesregierungen in der Tat selbst geschaffen: Durch die steuerbegünstigte Vererbbarkeit des „Vertriebenen“-Status. Auch die anderen Formalargumente sind in der Tat nichts anderes als der Rückgriff auf selbst geschaffene Tatsachen. Das Grundgesetz ist zu dem Zweck der Wiederherstellung des Hitler-Reiches gemacht worden, das Verfassungsgericht hat nach ausführlichen revanchistischen Kampagnen Pflöcke gesetzt.

Der ganze Dreggersche Katalog hilft ihm nicht darüber hinweg, daß die Argumente durchaus auf der Ebene politischer Absichten bleiben. Und da eben stellt sich heraus, daß CDU/CSU vor allem, die seit ihrem Regierungsantritt alles

getan haben, die sogenannten Vertriebenen wieder herauszukehren, einfach nicht die politische Absicht haben, die bestehenden Grenzen Polens, der UdSSR und der DDR anzuerkennen. Das ganze Unternehmen Schlesiertag nimmt immer stärker die Formen einer bewußten Kampagne zur reaktionären Massenmobilisierung an. Dem muß bewußt politisch entgegengetreten werden. Dabei kommt es gar nicht entscheidend darauf an, zwischen verschiedenen taktischen Vorstellungen zum Erreichen solcher Ziele zu differenzieren, sondern bewußt die Anerkennung von Tatsachen zu fordern, den Verzicht auf Revanche. Und das heißt eben sowohl die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als auch die Anerkennung der polnischen Grenzen. Dregger befestigt sein politisches Bekenntnis mit der Aussage: „Dieser Vorgang (die Vertreibung“ — d. Red.) kann nicht allein durch den Hinweis auf Hitler erklärt und gerechtfertigt werden.“

Er erweist sich somit vor den Tatsachen der Geschichte als Lügner. Wenn Tschechen und Slowaken darauf gedrungen haben, die Sudetendeutschen auszusiedeln, so kann auch ein Dregger nicht vergessen machen, was die Henlein-Partei dort angerichtet hat, wofür sie die Schuld tragen.

Wenn Polen nach den Jahrtausendverbrechen von Auschwitz und Treblinka eine eindeutige Westgrenze forderte und brauchte, so kann das nur der nicht der Hitlererbschreiber, der solche Barbarei für alltäglich befindet — und diese Liste ließe sich erweitern.

Allein durch die Verbrechen der Nazis — auch der Wehrmacht — läßt es sich voll und ganz rechtfertigen, wenn die „völkischen Speerspitzen“ abgeschafft wurden. Dazu braucht es keiner weiteren — durchaus bestehenden — Argumente. Dreggers Phantasien bestätigen einmal mehr den alten Lehrsatz bundesrepublikanischer politischer Erfahrungen: Wer die Hitlererbschreiber, betreibt auch revanchistische Politik — und umgekehrt.

Geißler, Hitler und der 8. Mai

Fortsetzung von Seite 1

Es sei denn, Geißler möchte sich ins Lager derjenigen begeben, die ganz offen die weltweite Beurteilung der Hitler-Diktatur und ihrer absoluten Kriegsschuld ableugnen. Die Überlebenden von Auschwitz jedenfalls, also der Teil der Opfer, der überlebt hat, und es waren wenige, die sehen, wie sie deutlich gemacht haben, im 8. Mai für sich einen Tag zum Feiern — als einen Tag der Befreiung. Die überfallenen Völker Europas und außerhalb ebenfalls. Welche Opfer meint Geißler also betrauern zu müssen, die diesen Tag nicht feiern wollen? Die Soldaten der Wehrmacht? Der Teil, der als Kanonenfutter verheizt wurde, kann nicht mehr befragt werden. Meint er etwa die alten Kameraden, die — bei weitem nicht nur am Biertisch — mit feuchten Augen von ihren „Übermenschaten“ erzählen? Näher liegt die Vermutung — die weit mehr ist als nur das — daß sich diese Äußerung Geißlers in das „Vertriebenen-theater“ einreicht, das von der Reaktion gegenwärtig aufgezogen wird. Auch Geißler also als Vorkämpfer für erneute deutsche Ansprüche auf Veränderung der Grenzen. Wer so denkt und handelt, der kann in der Tat der Niederlage des deutschen Faschismus wenig Begeisterung entgegenbringen.

Die Verknüpfung der „Vertriebenen“-Kampagne der Reaktion und der Auseinandersetzung um den 8. Mai wird von einer Reihe von Bonner Politikern, auch aus dem Lager der Regierungsparteien geführt, wegen möglicher Einwürfe aus anderen westeuropäischen Staa-

ten. Diese Verknüpfung aber wird gerade von Leuten wie Dregger und eben Geißler systematisch betrieben. Während Dregger bewußt die Tatsache, daß die Umsiedlung Ergebnis der barbarischen Hitler-Aggression ist, ableugnet, schwadroniert der andere von „Opfern“. Und stößt in die andere Richtung vor, sozusagen die UdSSR als Kriegsverbrecher zu bezeichnen, weil sie es „wagte“, Deutschland zu besiegen.

Die Verbindung ist tatsächlich allseitig, weil es sich um ein geschlossenes, reaktionäres, revanchistisches Weltbild handelt, das da propagiert werden soll. Adenauers verschiedene Enkel holen da ihr Leitbild wieder hervor, der ja die CDU zu der Konservativen Partei machte, indem er, neben anderen, auch die Exnazis in der Führung der politischen Partei der „Vertriebenen“, des BHE in die CDU holte und mit Ministerämtern versah.

Kein Wunder, daß da Politiker wie Heiner Geißler den 8. Mai nicht feiern wollen. Kein Wunder auch, daß er, ganz sicherlich in einem Atemzug mit Hitlers Adolf den Sieg der Roten Armee zutiefst bedauert. Seinem politischen Programm stünde eine Trauerstunde um deutsche Rittergüter im Osten eindeutig näher als etwa die Auflösung der KZs zu feiern. Und um das so zu sehen, braucht man wahrlich kein Kommunist zu sein. Noch nicht einmal dieser Sache besonders nahestehen. Man braucht bloß daran zu denken, daß Hitler, das „Deutsche Reich“ (3. Auflage) immer auch ein Synonym ist für einzigartig organisierte Massenmorde an ganzen Völkern.

SPD-Landesparteitag in NRW Rau — ein Bollwerk?

In Zeichen großer Eintracht ging am vergangenen Wochenende der Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen über die Bühne. Landtagswahl war angesagt — und (fast) alle wählten Johannes Rau zum Spitzenkandidaten.

Inhaltliche Auseinandersetzungen größerer Art blieben Fehlanzeige. Rau plädierte gegen jede Art Koalition, besonders scharf aber gegen die Erwägungen in Richtung großer Koalition mit der CDU, während er im Verhältnis zu den Grünen eine Hintertür offenließ. Auseinandersetzungen darüber gab es nur am Rande. Vor allem Horst Niggemair, eine der Leitfiguren der Parteirechten in NRW, Chefredakteur der IGBE-Zeitung „Einheit“ bedauerte die Absage an eine große Koalition ausdrücklich und öffentlich, eine Position für die er — nach verschiedenen Schätzungen — zwischen einem Sechstel und einem Viertel der Delegierten hinter sich hatte.

Einmal mehr Grund zum Klagen hatten auch die sozialdemokratischen Frauen, die sich — traditionsgemäß — in NRW besonders unterrepräsentiert sehen.

Ansonsten stand der Parteitag (nachdem Grundsätze der SPD-Politik für NRW bereits im letzten Frühjahr beschlossen worden waren) im Zeichen politischer Parolen. Vor allem Johannes Rau selbst forderte wiederholt, die Landespolitik in

NRW müsse ein Bollwerk gegen die Bonner Wendepolitik sein. Ein großes Versprechen — das ja aber keineswegs im luftleeren Raum gemacht wird, denn NRW hat ja gerade eben fünf Jahre SPD-Alleinregierung hinter sich. Mit der Bollwerk-Parole will Rau den Kampf um die von ihm angestrebte absolute Mehrheit im Landtag bestreiten, die er, seinen Beteuerungen zufolge, unbeirrt anstrebt.

Das Versprechen klingt gut — glaubwürdig ist es deshalb noch lange nicht. Rau hatte nichts anzubieten, wo seine Landesregierung in den letzten Jahren denn tatsächlich die Rolle eines Bollwerks gespielt hätte. In allen grundlegenden Fragen, sei es der Bergbau- oder Stahlkrise, oder auch der Schulpolitik hat Rau keineswegs eine entsprechende Tätigkeit vorweisen können. Hochtemperaturreaktor, „Gegenreform“ in der eigenen Gesamtschulpolitik und Ablehnung der Verstaatlichungsforderungen der Stahlbetriebschaften seien hier nur als drei herausragende Punkte genannt, an denen diese Landesregierung keineswegs ein Bollwerk war.

Nach dem Attentat auf MTU-Chef: In der Offensive?

Nach dem jüngsten Attentat gegen den MTU-Chef Zimmermann, bei dem trotz verschiedener Seltsamkeiten wohl davon ausgegangen werden kann, daß es von RAF-Aktivisten begangen wurde, sind die verschiedensten Spekulationen darüber, ob sich die RAF (und mit ihr verbunden andere Gruppierungen im europäischen Rahmen) in einer neuen Offensive befindet, weiter verstärkt worden.

Nach einer Reihe von Aktionen gegen verschiedenste Einrichtungen und Repräsentanten der NATO und der europäischen Rüstungsindustrie in Portugal, Frankreich, Belgien und der BRD wird die These von der neuen Offensive von verschiedenen Seiten vertreten.

Natürlich auch von all den Rebmann und Bogen und wie die Organisatoren politischer Unterdrückung in der BRD sonst noch heißen mögen, wie auch von verschiedenen Pressekonferenzen aus. Die politische Stoßrichtung der von der Reaktion geführten Kampagne richtet sich dabei weniger gegen die „Sympathisanten“ im allgemeinen, wie dies im „deutschen Herbst“ des Jahres 1977 der Fall gewesen ist, obwohl auch jetzt wieder auf Personen wie Heinrich Böll mit Schmutz geworfen wird. Die Kampagne richtet sich aber vor allem gegen die Grünen wegen deren Haltung (die man im einzelnen unterschiedlich beurteilen mag, die sich aber deutlich von der aller anderen Parteien unterscheidet) zum Hungerstreik politischer Gefangener. Wie jede andere Gelegenheit auch, so wird auch diese von der Reaktion genutzt, um erneut die Forderung zum Ausbau eines Polizeistaates auf Tapet zu bringen, sei es der berühmte

maschinenlesbare Personalausweis oder andere. Für die Verstärkung solcher Forderungen braucht es kein RAF-Attentat, dafür genügt jeder Anlaß des Protests.

Aber auch auf der anderen Seite wird die These von der Offensive verbreitet. „Europäische Guerilla erschüttert das imperialistische System“ — solche und ähnliche Losungen sind es, die diese These verbreiten. Und davon kann in der Tat keine Rede sein. Von den Tatsachen her widerlegt sich diese Behauptung selbst, denn niemand kann ernsthaft vertreten, daß das imperialistische System durch diese Attentate und Aktionen wirklich auch nur ansatzweise erschüttert sei.

Die Vorstellung, der Imperialismus ließe sich anders als durch Massenbewegungen erschüttern, ist heute so irrig wie eh und je. Von wem auch immer solche Erklärungen kommen mögen: die darin festgeschriebene Politik ist ein Irrweg. Der wieder verschiedentlich herangezogene Vergleich zu Nordirland erscheint in der Tat mehr als gewagt, denn weder von der Lage her noch vom politischen Einfluß der IRA her ist dies vergleichbar.

Der Kampf gegen den Imperialismus, gegen die NATO, gegen die Aufrüstung muß in der Tat ganz anders aussehen.

2,6 Millionen ohne Arbeit

Fortsetzung von Seite 1

wesentlich durch die unsziale Bonner Politik entstanden sind, gestopft werden sollen. Aus den Kürzungen werden gar noch Überschüsse erzielt. Die Zahl der nichtregistrierten ist ebenso hoch wie umstritten, die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist bereits heute Legion, die Verarmung Tausender längst überholt von der Verarmung Zehner-, ja Hunderttausender.

Neue Techniken, die so sehr stark angepriesen werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, werden auf Dauer ausgesprochen andersherum wirken — schon Karl Marx hatte herausgearbeitet, daß jede technische Neuerung unter kapitalistischen Bedingungen mehr alte Arbeitsplätze vernichtet als sie neue, zu ihrer Produktion, schafft. Daran hat sich nichts geändert. Neben der Politik des Sozialabbaus, die systematisch wie nie betrieben wird, hat diese Regierung als Alternative zur ständig wachsenden Arbeitslosigkeit bisher nur stets den Abbau rechtlicher Schutzbestimmungen und die Anpassung der Arbeitszeitordnung an die Wünsche der Kapitalisten zu bieten gehabt — und dabei bleibt sie auch. Auf verschiedenen Ebenen weigerten sich in diesen Tagen Politiker der Regierungsparteien, über solche Vorschläge wie die des DGB ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen (und die konkreten Vorschläge, die der DGB macht, die politische Richtung dieses Programms haben nicht nur sehr ausführlich kritisiert) überhaupt auch nur zu reden. Für sie ist alles bestens. Ihre Finanziers sind zufrieden — nicht etwa so, daß sie nicht laufend neue Forderungen aufstellen würden, aber doch immerhin zufrieden.

Daß sie mit den Arbeitslosen so umspringen, wie sie es tun, hat vor allen Dingen den Grund,

daß sie davon ausgehen, in diesem Bereich trotz der riesigen Zahl betroffener Menschen auf keinen organisierten Widerstand größerer Art zu treffen.

Die Hohepriester des Systems singen ihr Liedchen weiter, vom Wachstum, vom Markt, von den Unternehmerinvestitionen, die alles schon ins Lot bringen, die Arbeitslosigkeit beseitigen würden — auch wenn die Tatsachen immer mehr dagegen sprechen.

Wachstum gibt es zu verzeichnen, aber weniger als die Produktivität. Der Markt, wer wird es bezweifeln, besteht in der BRD — nahezu total. Bundesdeutsche Unternehmer investieren — sei es in der Dollarspekulation, in freien Industriezonen Südostasiens (wenn es nach den Absichten der CDU gehen sollte, werden solche auch im Saarland und in NRW geschaffen) oder hier — aber eben vor allem zur weiteren Rationalisierung.

Es ist „alles da“, aber es funktioniert nicht so, wie sie behaupten es zu wollen. Wobei die Bonner Regierung im Interesse ihrer Hintermänner in Wirklichkeit den Abbau der Arbeitslosigkeit entweder gar nicht will oder höchstens, auf Dauer, zu einem harten Preis, den die arbeitssuchenden Menschen bezahlen sollen in Arbeitsbedingungen und Lohn.

Diese Entwicklung macht es deutlicher, daß es eine Frage der politischen (bzw. wirtschaftlichen) Interessen ist, wie auf die Arbeitslosigkeit reagiert wird. Wer das hohe Lied der Profitwirtschaft des Kapitals singt, muß eine solche Politik betreiben, für die alte Sozialpartnerschaft ist da kein Raum mehr. Womit klar werden dürfte, daß, wer etwas gegen diese Entwicklung unternehmen will, etwas gegen die Verfügungsgewalt der Unternehmer tun muß.

Zur „gemeinsamen Vollversammlung“

Grundsätzliche Differenzen

Am 2./3. Februar fand in Köln eine weitere Vollversammlung der Leitungen der Anarchistischen Föderation Südbayern, des BWK, der Freien Arbeiterunion/Heidelberg (A), der Freien Arbeiterunion (R), der Kommunistischen Gruppe (NHT, vertreten durch Mitglieder der AzD-Redaktion), der KPD und der Proletarischen Aktion statt. Außerdem nahmen zwei Genossen der Gruppe Neue Strömung an der Diskussion teil. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Diskussion über die Einschätzung der revisionistischen Länder.

Dieses Thema war bereits Schwerpunkt der letzten gemeinsamen Beilage zu den Publikationen der beteiligten Organisationen (siehe RM 48 vom 30. 11. 84). Die Artikel der verschiedenen Organisationen in der gemeinsamen Beilage machten bereits die schwerwiegenden Differenzen deutlich, die in der Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den revisionistischen Ländern und hinsichtlich der internationalen Rolle der Sowjetunion und des Warschauer Paktes bestehen. Diese grundsätzlichen Differenzen bestimmten auch die Diskussion am vergangenen Wochenende.

Die Genossinnen und Genossen unserer Partei vertraten

die Auffassung, daß in den revisionistischen Ländern eine neue bürgerliche Klasse die Arbeiterklasse ausbeutet und unterdrückt, daß die DDR oder die Sowjetunion nicht sozialistisch sind, daß Gesellschaftssystem und Produktionsweise der revisionistischen Länder keinen historischen Fortschritt gegenüber dem bei uns existierenden kapitalistischen System darstellen, daß die Sowjetunion und der Warschauer Pakt weltweit Gegner der proletarischen Revolution und der antiimperialistischen Befreiungskämpfe sind, auch wenn sie aus Gründen der Rivalität mit den USA und den westlichen imperialistischen Staaten nationale Befreiungsbewegungen begrenzt unterstützen.

Der BWK vertrat dagegen auch am Wochenende die Auffassung, in den revisionistischen Ländern stelle die Intelligenz die herrschende Klasse dar, das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis sei aufgehoben.

Nach unserer Auffassung hat der BWK auch in dieser Diskussion keine Tatsachen angeführt, die zumindest verständlich machen, warum der BWK zu der Ansicht gekommen ist, in der DDR sei die Intelligenz eine Klasse, und Lehrer oder auch Diplomingenieure seien die

herrschende Klasse.

Die politischen Konsequenzen dieser BWK-Auffassung laufen unserer Ansicht nach auf eine Annäherung an den modernen Revisionismus hinaus. Die Verhältnisse in den revisionistischen Ländern werden als notwendige Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus begriffen, die revisionistischen Systeme stellen gegenüber dem alten Kapitalismus ein historisch fortschrittlicheres Gesellschaftssystem dar. Zwar spricht der BWK von einem System der Ausbeutung, aber kapitalistische Ausbeutung meint er damit offenkundig nicht. Nicht einmal zu der uneingeschränkten Feststellung, daß etwa die DDR kein sozialistisches Land ist, konnten die Genossinnen und Genossen des BWK bewegt werden.

Im Weltmaßstab vertritt der BWK die Ansicht, daß die Sowjetunion ein Bündnispartner der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegungen darstellt. Daß zur klassikermäßigen Untermauerung der Notwendigkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion ausgerechnet Stalins Ausführungen über den Emir von Afghanistan bemüht wurden, konnte natürlich nicht überzeugen.

Die anderen Organisationen äußerten überwiegend die Auf-

fassung, daß in den revisionistischen Ländern eine neue bürgerliche Klasse an der Macht ist. Dabei legten die anarchistischen Genossinnen und Genossen die bekannte anarchistische These dar, daß Sozialismus und jedwede staatliche Organisation unvereinbar seien.

Es wurden, um eine weitere Diskussion vorzubereiten, Projektgruppen eingerichtet, die sich mit den inneren Verhältnissen in der DDR und der internationalen Rolle der Sowjetunion befassen sollen. An einer dritten Projektgruppe, die sich mit Ungarn und Jugoslawien befassen soll, hat unsere Partei eine kontinuierliche Mitarbeit aus Kräftemangel abgelehnt. Die Mitarbeit unserer Partei in den beiden anderen Projektgruppen verknüpfen wir natürlich mit der Zielsetzung, durch eine genauere Untersuchung der realen Verhältnisse in der DDR, die Unhaltbarkeit der Auffassungen des BWK nachzuweisen, damit im BWK selbst ein Prozeß des hochmaligen kritischen Überdenkens einsetzt; denn die derzeitigen Auffassungen des BWK bewegen sich nicht mehr im Rahmen dessen, was unsere Partei als programmatische Grundlage für die Einheit der revolutionären Sozialisten betrachtet.

Vereinbarungen der Vollversammlung der Leitungen von AFSB, BWK, FAU-Heidelberg (A), FAU/R, KPD, PA und der Redaktion der Aufsätze zur Diskussion vom 2./3. Februar 1985 Revisionistische Länder/Sozialismus

Nach ausführlicher, über weite Strecken kontroverser Diskussion über dieses Thema (s.a. nebenstehender Bericht über die Vollversammlung) billigte die Vollversammlung — bei Stimmenthaltung der Redaktion der AzD den Vorschlag der Projektgruppe „Revisionistische Länder/Sozialismus“, weitere Untersuchungen und Diskussionen auf folgende Fragestellungen zu konzentrieren:

1. Inwiefern stellt sich im Verhältnis von herrschender Klasse und Arbeiterklasse in den osteuropäischen Staaten/UdSSR das alte Verhältnis von Bourgeoisie und Proletariat in den kapitalistischen/imperialistischen Staaten des Westens wieder her? Inwiefern liegen Unterschiede vor?

1.a. Rolle des Privateigentums in diesen Staaten; Begriff des Privateigentums und der Vergesellschaftung in der Theorie der proletarischen Revolution;

1.b. Der Gegensatz von Handarbeit und Kopfarbeit; Markt und Plan;

1.c. Ausbeutung in Planwirtschaften;

1.d. Die DDR — ein soziali-

scher Staat oder was?

1.e. Der Begriff der neuen Bourgeoisie in den Schriften von Lenin, Mao Tse-tung und anderen;

2. Worin liegen nach dem Stattfinden antikapitalistischer/antiimperialistischer Revolutionen die Ausgangspunkte und die Erscheinungsformen des erneuten Entstehens einer Klassengesellschaft, in der die Arbeiterklasse unterdrückt wird?

2.a. Nivellierungs- und Differenzierungstendenzen in den betreffenden Staaten;

2.b. Die Auseinandersetzung um die Theorie der Produktivkräfte;

2.c. Der Leistungsbegriff und das Leistungsprinzip: von den sozialistischen Klassikern bis zur heutigen Diskussion;

2.d. Rolle des Zentralismus.

3. Internationale Rolle der Sowjetunion — proletarischer Internationalismus.

Die revolutionären Sozialisten und der 8. Mai Die gegenwärtige Auseinandersetzung um den 8. Mai als Datum, das für die Befreiung vom Faschismus steht oder als Datum, das für die „vielleicht größte Katastrophe“ (Dregger) für die Deutschen steht, ist kein

Streit von „bloß“ historischer, sondern von aktueller politischer Bedeutung.

Die an der gemeinsamen Vollversammlung am 2./3. Februar beteiligten Organisationen — AFSB, BWK, FAU/Heidelberg (A), FAU/R, KPD, PA und Redaktion der AzD — betrachten es als ihre Aufgabe, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus zu verteidigen und dafür zu kämpfen, daß es dem deutschen Imperialismus nie wieder gelingt, Faschismus zu errichten und Kriege zu beginnen.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Um dieses Ziel zu erreichen, halten wir es für nötig, uns für folgende Forderungen einzusetzen:

• Verbot der SS-Nachfolgeorganisationen, der NPD und aller anderen faschistischen Organisationen;

• Kampf der wachsenden Ausländerfeindlichkeit; wirtschaftliche, soziale und politische Gleichberechtigung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer; gegen die Pläne der Bundesregierung, die Ausländergesetze weiter zu verschärfen; Annullierung des Ausländergesetzes;

• Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen in Europa; Annullierung des Wiedervereinigungsgebots im Grundgesetz und aller diesem Ziel dienenden Maßnahmen, Institutionen usw.

• Stopp der personellen und waffenmäßigen Verstärkung der Bundeswehr; Senkung des Rüstungshaushalts; Weg mit dem geplanten Zivilschutzgesetz;

• Weg mit den Mittelstreckraketen; BRD raus aus der NATO! In diesem Sinn werden sich die oben genannten Organisationen an den antifaschistischen Aktivitäten zum 8. Mai beteiligen.

Weltwirtschaftsgipfeltreffen Anfang Mai führen die westlichen imperialistischen Staaten in Bonn ihren Weltwirtschaftsgipfel durch. Wir empfehlen den Leitungen unserer Organisationen anläßlich dieses Treffens der imperialistischen Staatenchefs zu deren expansionistischer Wirtschaftspolitik gemeinsame örtliche Veranstaltungen Ende April/Anfang Mai durchzuführen. (Bei Stimmenthaltung der Redaktion der AzD

von der Vollversammlung beschlossen.)

17. Juni/Schlesiertreffen

Auf Drängen der Bundesregierung wurde in der Öffentlichkeit wochenlang das diesjährige Motto des Schlesiertreffens diskutiert. Die Bundesregierung ergriff die Gelegenheit, ihre revanchistischen Ziele zu bekräftigen und zu popularisieren. Das neue Motto des Schlesiertreffens „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker“ umschreibt die revanchistischen Zielsetzungen jetzt eher noch genauer als das erste Motto.

Wir begrüßen die Initiative des Arbeitskongresses der Volksfront vom November letzten Jahres, der beschlossen hatte, verstärkt den faschistischen Kräften entgegenzutreten und Aktionen gegen die nationale und chauvinistische Mobilisierung und Kriegshetze zum nächsten 17. Juni durchzuführen.

Zur Unterstützung solcher Aktivitäten werden wir ein gemeinsames Flugblatt gegen die revanchistische Politik des BRD-imperialismus herausgeben. (Bei Stimmenthaltung der Redaktion der AzD von der Vollversammlung beschlossen.)

Unterstützung von Forderungen der politischen Gefangenen

Am 2./3. Februar erörterten die Leitungen von AFSB, BWK, FAU/Heidelberg (A), FAU/R, KPD, PA und Reaktion der AzD die Lage im Hungerstreik von politischen Gefangenen. Sie stellten fest:

Die Ablehnung der Forderungen der Gefangenen nach „Haftbedingungen, wie sie in den Genfer Konventionen als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung für Kriegsgefangene festgehalten sind:

• Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen;

• Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle;

• Aufhebung der Kommunikationsperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information“

ist reaktionär und zielt auf Vernichtung.

Die Grünen haben einen Gesetzentwurf gegen „unmenschliche Haftbedingungen“ in den Bundestag eingebracht. Die Leitungen sehen in der Unterstützung gesetzlicher Maßnahmen gegen Folter in der BRD ein Mittel gegen die Isolations- und Vernichtungstätigkeit zu werden. (Von der Vollversammlung mit Ausnahme der AzD-Redaktion beschlossen.)

§ 218-Seminar der KPD

Am 26./27.01.1985 fand unser § 218-Frauseneminar statt. Trotz schlechter Wetterlage hatten immerhin insgesamt 23 Genossinnen und interessierte Frauen den Weg zu unserer Tagungsstätte gefunden.

Im Mittelpunkt des Seminars stand ein geschichtlicher Rückblick auf die Entwicklung dieses Abtreibungsparagraphen, die konkrete Lage im Lichte der Wende-Regierung, die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Abschaffung des § 218, Überlegungen, wie man vor Ort etwas gegen diesen Paragraphen tun kann. Klar war für alle Teilnehmerinnen, daß dieser Paragraph weg muß — weiter, daß die Krankenkas-

sen jegliche Kosten für Schwangerschaftsabbruch aber auch für Verhütungsmittel übernehmen sollten.

Klar war auch, daß wir die Demonstration am 23.02.85 in Köln nach allen Kräften unterstützen und für die Demo mobilisieren wollen. Also kommt alle hin.

Natürlich hat die Zeit nicht gereicht, als wir beim Thema „Frau und Sozialismus“ angelangt waren. Ergebnis: am 1./2.06.85 findet ein Fraueneminar nur zu diesem Thema statt. Also schon mal vormerken — oder schon jetzt anmelden bei der Frauenabteilung der KPD.

P.S.: Materialien zum § 218 können bei der Frauenabteilung gegen Unkostenbeitrag angefordert werden.

VKL Bosch an Hans Mayr wg. Solidarität

„Wir sind bestürzt ...“

Das geplante Treffen zwischen NUM-Repräsentant Joe Holmes und DGB-Vorstandssekretär Beck wurde letzte Woche vom DGB abgesagt. Holmes wurde praktisch nach einigen Minuten vor die Tür gesetzt. Andererseits haben auch die Proteste zahlreicher Gewerkschafter gegen die unsolidarische Haltung des DGB und der Führung einiger Einzelgewerkschaften zugenommen. Wir dokumentieren im folgenden einen Brief der Vertrauenskörperleitung Bosch/Reutlingen an den IGM-Vorsitzenden Hans Mayr.

Lieber Kollege Hans Mayr!

In 2 Schreiben vom 13.12.84 hast Du im Namen des Vorstands bekanntgegeben

- daß das „im Namen und im Auftrag der IG Metall“ gesammelte Geld für die Bergarbeiter über die britische Stahlarbeitergewerkschaft verteilt wird,

- daß Überweisungen an den Solidaritätsfonds der britischen Bergarbeiter und das deutsche Sammelkonto in Wuppertal bzw. auf sonstigen Konten „nicht zulässig“ sind,

- daß die IG Metall die geplante Konferenz mit Arthur Scargill in Essen boykottiert.

Als Begründung wird angeführt, daß die britische Bergarbeitergewerkschaft NUM „die politischen Ziele“ des internationalen Gewerkschaftsverbandes, dem die IG Metall angehört, „nicht teilt“. Und umgekehrt: „Aus dieser Unterstützung britischer Bergarbeiterfamilien kann nicht geschlossen werden, daß sich der Vorstand der IG Metall mit den politischen Zielen der NUM identifiziert.“

Lieber Kollege Mayr, wir sind bestürzt über diese Aussagen, und das aus mehreren Gründen. Wir sind selbst letztes Jahr sieben Wochen im Kampf gestanden und haben einiges an Solidarität erfahren — auch international. Wir versuchen uns vorzustellen, wie wir reagiert hätten, wenn wir von anderen „Solidarität“ erfahren hätten, wenn man durch öffentliche Vermerk, daß man wohl den „armen Metallfamilien“ helfen wolle, aber nicht der „bösen IG Metall“, die in Verfolgung dubioser politischer Ziele die Familien in Not gebracht habe. Bitte versuche Dir auch vorzustellen, wie Du darauf reagieren würdest, wenn man durch Einschaltung von Dritten öffentlich bekunden würde, daß man Euch als Vorstand nicht trauen kann, daß nicht sicher ist, ob Ihr die Gelder nicht veruntreut.

Eine solche zwiespältige Haltung hat mit internationaler Solidarität nichts zu tun. Sie ist ein Affront gegen die Bergarbeiter, deren Gewerkschaft nun einmal die NUM ist, ob sie nun mit allen Zielen der IG Metall übereinstimmt oder nicht. Internationale Solidarität ist unteilbar. „Materielle Unterstüt-

zung ja — politische Unterstützung nein“ — das ist eine Fehlkonstruktion, die schleunigst wieder beseitigt werden sollte. Gewerkschaftliche Solidarität darf nicht durch irgendwelche Differenzen in Dachverbänden beeinträchtigt werden. Diese Differenzen interessieren in einem so harten und opferreichen Kampf den Kumpel nicht, und uns auch nicht. Die Arbeitsplatzvernichtung bedroht uns alle, in allen Ländern, und sie fragt nicht nach dem Parteibuch. Wenn wir Solidarität nur mit Wenn und Aber praktizieren, dann nützt das doch nur dem Gegner — Kohl bei uns, Thatcher in Großbritannien. Schon benutzen die Massenmedien Deinen Brief, um den Kampf der Bergarbeiter zu diffamieren. (Siehe beiliegender Artikel aus dem konservativen Reutlinger General-Anzeiger vom 11.1.85). Allein schon daran sieht man, welchen politischen Schaden Eure öffentlichen Distanzierungen angerichtet haben von einer Gewerkschaft, die sich im Kampf ums Überleben befindet.

Wir wundern uns auch darüber, warum ausgerechnet die britische Stahlarbeitergewerkschaft als Verteiler der IG-Metall-Spenden geeignet sein soll. Beim TUC-Kongreß im September gehörte sie zu der kleinen Minderheit, die nicht den mit einer Mehrheit von über 90 Prozent verabschiedeten Solidaritätsbeschluss unterstützt hat. (Nachzulesen in: Der Gewerkschafter Nr. 10/84, S. 36).

Statt daß sich die IG Metall von der NUM distanziert, sollten wir uns lieber von dem distanzieren, was der Hauptvorstand der IGBE in einem Schreiben vom 24. Oktober der IG Metall unterstellt hat: „Sowohl die IG Metall als auch die britische Stahlarbeitergewerkschaft als auch die IG Bergbau und Energie sind für beide Industrien also einen Weg gegangen, gegen den die jetzige Führung der britischen National Union of Mineworkers (NUM) streiken läßt: Stilllegung von Betrieben oder Betriebsteilen bei zufriedenstellender Bewältigung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es mußten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden und um Arbeitsplätze für die

Zukunft krisenfest zu machen.“ Es darf doch nicht wahr sein, daß das unsere politischen Differenzen zur NUM sind!

In Entschließung 1 hat der 14. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall erneut die Entschlossenheit bekräftigt, „mit allen verfügbaren Mitteln das Recht auf Arbeit durchzusetzen“ und dafür kämpfen ja schließlich die Miners. (Oder will irgend jemand behaupten, die NUM würde streiken, obwohl den Bergarbeitern ein Recht auf Arbeit angeboten wird von der Thatcher-Regierung?)

Von dem, daß durch „Stilllegung“ und „partielle Eingriffe“ Arbeitsplätze krisenfest (!) gemacht werden, ist unseres Wissens in keinem Beschluß des Gewerkschaftstages die Rede. Wir erwarten, daß das vom Vorstand der IG Metall öffentlich zurechtgerückt wird, nachdem auch der Brief des IGBE-Vorstandes in der Öffentlichkeit gehandelt wird.

Abgesehen von den genannten Gründen halten wir die Verteilung des Geldes über Dritte für unzulässig. Die Eröffnung des Spendenkontos der IG Metall wurde in der „metall“ vom 21.9.84 bekanntgegeben. Dort heißt es wörtlich: „Alle Gelder sollen dem Solidaritätsfonds der britischen Bergarbeiter zur Verfügung gestellt werden.“

Der Solidaritätsfonds der britischen Bergarbeiter ist Miners' Solidarity Fund in Sheffield. Wenn Du jetzt schreibst „... Überweisungen auf das Konto des Miners' Solidarity Fund in Sheffield ... sind nicht zulässig“, dann ist das eine Wende um 180 Grad.

Die Spender wurden getäuscht, die den Aussagen im „metall“ geglaubt haben. Deshalb fordern wir Dich auf, dafür zu sorgen, daß die offensichtlich falsche Haltung gegenüber dem Bergarbeiterstreik in Großbritannien sofort korrigiert wird. Wenn wir unsere eigenen Prognosen für Arbeitsplätze ernst nehmen, dann können wir uns einen Eiertanz wie im Fall des Bergarbeiterstreiks nicht leisten. Die Bergarbeiter brauchen unsere volle materielle und politische Solidarität.

Als überzeugte IG Metaller werden wir deshalb weiterhin das von uns gespendete und gesammelte Geld an den Solidaritätsfonds der Bergarbeiter in Sheffield überweisen.

In Erwartung einer Antwort verbleiben wir mit kollegialen Grüßen die IG Metall Vertrauenskörperleitung Bosch Reutlingen

Skandal im Jugendamt Herne
Flugblatt der KPD

Etwas scheinbar Alltägliches — im Jugendamt Herne — ist passiert: eine Kollegin, Sozialarbeiterin, wird im Dezember '84 von Gruppen-, Abteilungs- und Amtsleitung „zusammengestaucht“. Ihr wird vorgeworfen, in der Zusammenarbeit „ein Hemmschuh“ zu sein, eine Zusammenarbeit mit ihr sei offenbar „unmöglich“ usw. Sie geht zum Personalrat Laboch, da es sich ja um Vorwürfe handelt, die arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung nach sich ziehen könnten. Es findet im Januar '85 ein Gespräch der Betroffenen sowie des Personalrates statt. Die Vorgesetzten behaupten rundweg, die Äußerungen seien niemals gefallen, die Kollegin lüge. Sie allein sagten die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit.

Mitte Januar findet eine ÖTV-Abteilungsleiterversammlung in Herne statt. Die Kollegin berichtet auf Einladung des Vorstands über die Geschehnisse.

Am folgenden Tag (!!) wird ihr ein Schreiben des jung-dynamisch-bürokratischen Abteilungsleiters Bremer an die Amtsleiterin Panter überreicht. Es wird im Kern behauptet, daß sie auf dieser Gewerkschaftsversammlung gelogen habe (indem sie den Inhalt des Dezember-Gesprächs wahrheitswidrig weitergegeben habe).

Dieser Abteilungsleiter Bremer, ÖTV-Mitglied, war aber

nicht bei dieser Gewerkschaftsversammlung!!!

Er muß also Zuträger haben — manche nennen diese Gestalten Spitzel. Im übrigen sollen sie bekannt sein.

Danach wendet sich die Kollegin an die ÖTV-Kreisverwaltung. Soweit im wesentlichen der Ablauf. Der Hintergrund dieser Vorgänge sowie die Absichten der Verwaltung verdienen beleuchtet zu werden:

Im Herbst wird im Jugendamt ein „Geheimpapier“ bekannt, daß die Kontrollbefugnisse der Vorgesetzten den Kolleginnen/Kollegen gegenüber stark ausweitet. Es war offensichtlich eine Auftragsarbeit von „ganz oben“ an die unteren Chargen, sprich Gruppenleiter. Der Widerstand der Betroffenen dagegen zwingt die Verwaltung, das Hauptamt, dieses Papier zurückzuziehen.

Mit dem neuen Abteilungsleiter Bremer soll wohl versucht werden, die „Ruhe“ im Jugendamt wiederherzustellen. Die betreffende Kollegin soll — stellvertretend für alle kritischen Leute im Amt — diszipliniert werden. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Die politische Dimension dieses ungeheuerlichen Aktes gipfelt bisher in der **Besitznahme einer Gewerkschafts-Versammlung**.

Das ist ein direkter Angriff auf die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit. Man muß annehmen, daß nicht nur Bremer/Panter dieses Vorhaben

getragen haben, sondern auch andere verantwortliche Stellen der Stadtverwaltung. Denn von diesen Herren ist bis heute nichts Gegenteiliges bekannt geworden, obwohl sie von dem Vorgang Kenntnis haben.

Wir meinen, daß die ÖTV-Kreisverwaltung Herne beim Oberstadtdirektor sofort energisch intervenieren muß. Dieser muß sicherstellen, daß Bespitzelungen von Gewerkschafts-Versammlungen durch städtische Bedienstete unmöglich gemacht werden.

Weiterhin muß gegen die Beamten Bremer und Panter ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden mit dem Ziel, sie von ihren verantwortlichen Positionen zu entbinden.

Denn sie bedienten sich Zuträgern, um den Boden für die Entlassung einer Kollegin zu bereiten. Diese aus totalitären Ländern bekannten Methoden muß von vornherein der Boden entzogen werden!

Solche Methoden werden durch die Wende-Regierung ermöglicht. Aber Herne ist eine SPD-Hochburg mit entsprechendem Niederschlag in der Stadtverwaltung. Und Herne ist nicht Bonn.

Es gibt genügend Kolleginnen und Kollegen, die diesen Angriff auf ihre Existenz und auf die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte wie Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung zurückschlagen werden.

Das sollten beispielsweise auch Leute wie Bremer, Panter und andere wissen.

Bremer Kliniken

Protest gegen Einstellungsstopp

22 Auszubildende der Krankenpflege in Bremen besuchten am 25. Januar die Sitzung des Haushaltsausschusses des Senats für Finanzen, um gegen den Einstellungsstopp an Bremens Kliniken zu protestieren. In einer Presseerklärung stellten sie ihre Lage dar:

Am 25.1. um 10.00 Uhr werden wir uns beim Haushaltsausschuß im Hause des Senats für Finanzen, Contrescarpe, einfinden.

Wir, das sind 22 Auszubildende in der Krankenpflege, die im März ihr Examen machen, ihre Ausbildung abschließen.

Jeder von uns hat schon diverse Bewerbungen geschrieben, bisher aber nur Absagen bekommen.

Im Herbst letzten Jahres bewarben wir uns geschlossen in allen städtischen Kliniken in Bremen — die Antworten blieben bislang aus. Durch den Einstellungsstopp seit 1.11.83 machen sich auf allen Stationen ernstzunehmende Engpässe bemerkbar.

Die Pflege der Patienten leidet erheblich. Das Personal kann in den meisten Fällen nur noch das Notwendigste machen. Daß die Kollegen dadurch nicht nur unzufrieden sondern auch zunehmend krank werden, liegt auf der Hand. Der Krankenstand beim Pflegepersonal nimmt zu. Viele gehen trotz erheblicher gesundheitlicher Anzeichen zur Arbeit. Daß das weder zum Nutzen der Patienten noch der Kollegen ist, ist klar. Das ist die eine Seite!

Auf der anderen gibt es genügend qualifizierte Pflegekräfte, die gerne arbeiten würden. Doch nun, nach dreijähriger Ausbildung ist unsere Perspektive: Arbeitslosigkeit.

Das bedeutet, daß wir unser Wissen nicht umsetzen, keine Berufserfahrung sammeln können. Und da ja allerorten das Geschrei über Geldmangel groß ist, ist die Aussicht in Kürze einen Arbeitsplatz zu bekommen, gering. Dauert das über drei Jahre, werden wir im Arbeits-

amt nicht mehr als qualifiziertes Krankenpflegepersonal, sondern als Ungelernte geführt. Ohne Berufserfahrung zählt halt die Ausbildung nichts, dann ist unser Examen nicht mal das Papier wert, auf dem es uns bescheinigt wird.

Wie schwer es ist, als Arbeitsloser sich um eine Stelle zu bemühen, brauchen wir sicherlich nicht auszuführen. Ganz zu schweigen von der finanziellen

Not, in die viele von uns geraten werden. Unser Anspruch auf Arbeitslosengeld ist wahrlich nicht üppig. Von knapp 500 Mark monatlich leben zu müssen, bedeutet angewiesen sein auf Sozialunterstützung, immer noch von den Eltern oder wieder vom Partner.

Auch außerhalb Bremens im Norden oder Süden sieht es mit der Aussicht auf einen Arbeitsplatz schlecht aus.

Wir wollen Arbeit!
Weg mit dem Einstellungsstopp!

Examenskurs des ZKH Bremen-Ost

Diskriminierendes Urteil

Mildes Urteil bestätigt

Das Kasseler Arbeitsgericht hat in erster Instanz die Klage der Maschinenschlosserin Barbara Dürk auf Schadensersatz abgewiesen, obwohl ihre Nichteinstellung durch die Gesamtschule Kassel hauptsächlich damit begründet wurde, daß sie eine Frau ist.

Die Kasseler Gesamtschule suchte einen Facharbeiter für ein „industrieförderndes Forschungsvorhaben“ unter der Leitung eines Prof. Puck. Barbara Dürk bewarb sich und Prof. Puck stellte ihr in einem freundlichen Brief ein Vorstellungsgespräch in Aussicht. Danach wochenlang Sendepause.

Als Barbara Dürk dann in der Hochschule anrief, erklärte ihr ein Mitarbeiter des Professors: der Professor sei mit dem Brief zu voreilig gewesen, für sie als Frau sei die Arbeit zu schwer.

Der Bitte von Frau Dürk, sich die Arbeit doch einmal ansehen zu dürfen, um dann zu beurteilen, ob sie tatsächlich zu schwer sei, wurde nicht entsprochen. Stattdessen „wurde ich mit der Begründung abgewimmelt“, so Barbara Dürk, „es gäbe unter den zahlreichen Bewerbern besserqualifizierte“.

Weil offensichtlich die ausschlaggebende Begründung für ihre Ablehnung ihr Geschlecht war, erhob Barbara Dürk mit

Unterstützung des DGB beim Kasseler Arbeitsgericht Klage auf Schadensersatz in Höhe von 12000 Mark (sechs Monatslöhne).

Das Kasseler Arbeitsgericht hat die Klage jetzt in erster Instanz abgewiesen: es sei zwar der Anschein erweckt worden, als hätte die Frage „Mann oder Frau“ eine Rolle gespielt. Letztlich aber hätten „Merkmale der Qualifikation“ den Ausschlag für die Einstellung von besserqualifizierten Männern gegeben.

So verhält es sich nun mal: für die Frauen hat es immer den Anschein, als würden sie diskriminiert. Aber letztlich entscheiden Männer, daß Männer besser qualifiziert sind.

Auf dem Arbeitsamt hat man's Barbara Dürk deutlicher gesagt: „Ich sei selbst schuld, daß ich mich zur Maschinenschlosserin habe umschulen lassen. Ich hätte mir doch ausrechnen können, daß ich als Frau keinen Job bekommen würde.“

HBV — Verhandlungen im Einzelhandel
auf Februar vertagt!

Nach Gesprächen Anfang Januar zwischen den Spitzen von HBV und den Spitzen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hat man sich über den weiteren Verlauf der Verhandlungen und erste inhaltliche Kompromisse verständigt.

Bevor irgendwelche Kampfaktionen der Belegschaften gestartet und erprobt sind, machte Dieter Steinborn, 2. Vorsitzender der HBV, schon deutlich, wo die Vorstellungen der HBV liegen.

In einem Interview mit dem Handelsblatt vor den Gesprächen hatte er erklärt:

„Bei den Löhnen und Gehältern möchte die HBV zumindest die Sicherung der Realeinkom-

men durchsetzen, d.h. eine Nominaleinkommensverbesserung um etwa 2,5 Prozent erreichen. Der Rest des Verteilungsvolumens stünde dann für die Arbeitszeitverkürzung zur Verfügung. Da aber der gesamte Kuchen nicht für Realeinkommenssicherung plus nennenswertem Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung ausreicht, stellt sich Steinborn in puncto Arbeitszeit folgende Lösungsmöglichkeiten vor:

- Die Arbeitszeitverkürzung könnte zu einem späteren Zeitpunkt als die Einkommensverbesserung — möglicherweise sogar erst 1986 — wirksam werden.

- Möglich wäre auch eine zweistufige Vereinbarung, etwa je eine Stunde Wochenverkür-

zung im Abstand von einem Jahr.“

Als Ergebnis der Spitzengespräche wurde mitgeteilt:

- Es wird jetzt regional verhandelt.

- Am 25./26. Februar werden die zentralen Gespräche fortgesetzt.

- Die Arbeitgeber haben 38,5 Stunden im Grundsatz zugestimmt, wollen aber diese erst in 1986 wirksam werden lassen. Überstundenzuschläge soll es erst ab der 41. Stunde geben, sie sollen ganz wegfallen, wenn es innerhalb von drei Wochen Freizeitausgleich gibt.

- Keine Einigung wurde erzielt über die Begrenzung von Mehrarbeit und die tarifliche Absicherung von Teilzeitarbeit.

Neue Entwürfe zur Arbeitszeitordnung im Bundestag

Im Januar wurden zwei Entwürfe über ein neues Arbeitsgesetz im Bundestag in erster Lesung behandelt. Einmal handelt es sich um einen Entwurf der Grünen, zum anderen um einen Entwurf der Bundesregierung, unter Federführung des IGM-Mitglieds Norbert Blüm, seines Zeichens Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Bereits im letzten Jahr war ein Entwurf der SPD-Fraktion zu einem neuen Arbeitszeitgesetz behandelt und vom Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und auch der Grünen abgelehnt worden.

Der SPD-Entwurf

Angetreten war die SPD mit folgender Begründung:

„A. Problem: Um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen, muß für ein ausreichendes qualitatives Wachstum und für arbeitszeitverkürzende Maßnahmen gesorgt werden. Die Lücke zwischen dem realen Wachstum und der Produktivitätsentwicklung kann nur durch Arbeitszeitverkürzung geschlossen werden. Dem Arbeitszeitgesetz kommt im Rahmen dieser Strategie eine wichtige Funktion zu. Die alte Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 wird der heutigen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in keiner Weise mehr gerecht.

B. Lösung: Mit dem Arbeitszeitgesetz wird das Arbeitszeitrecht an die heutigen Erfordernisse der Arbeitswelt angepaßt. Im Vordergrund steht das Ziel, die Arbeitnehmer vor Überforderung und Überbeanspruchung durch zu lange Arbeitszeiten oder zu kurze Ruhepausen und Ruhezeiten zu schützen. Um den notwendigen Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer zu sichern, muß der Rahmen für Überstunden enge begrenzt werden. Das ist auch für den Arbeitsmarkt wichtig. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, können nur die unbedingt notwendigen Überstunden zugelassen werden. Mit dem Arbeitszeitgesetz wird die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit an die Tarifwirklichkeit herangeführt. Den besonderen Belastungen der in Schicht- und Nachtarbeit beschäftigten Arbeitnehmer wird durch geeignete Schutzmaßnahmen Rechnung getragen. Die bisherigen Sonderregelungen der Arbeitszeitordnung über den erhöhten Schutz der Frauen werden entsprechend den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und der gewandelten Stellung der Frau in unserer Gesellschaft angepaßt.“

Dementsprechend sah der SPD-Entwurf u. a. vor:

- Festschreibung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, 8 Stunden regelmäßige Arbeitszeit je Tag;
- Möglichkeit zur Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde;
- Begrenzung der Mehrarbeit auf höchstens zwei Stunden pro Woche, per Tarifvertrag noch einmal zwei Stunden dazu möglich — höchstmögliche Wochenarbeitszeit 48 Stunden, täglich 10 Stunden. Wenn diese Mehrarbeit in Form von Sonderschichten verfahren wird, höchstens 12 Sonderschichten im Jahr zulässig.

Im Entwurf sind im übrigen, wie bisher in der alten Arbeitszeitordnung (AZO) eine ganze Reihe Ausnahmeregelungen enthalten. Festgehalten wird am Nachtarbeitsverbot für Frauen mit den bisherigen Ausnahmen.

Angesichts dieser Inhalte ist es kein Wunder, daß die Wende-Parteien im Ausschuß mit folgender Begründung im März 1984 dagegen stimmten:

„... (sie) haben insbesondere der Zielsetzung des Gesetzesentwurfs widersprochen, Arbeitszeitregelungen zu einem Instrument der Arbeitsmarktpolitik zu machen. Auch die auf Verbesserung des Arbeitsschutzes ausgerichteten Zielsetzungen des Gesetzesentwurfs wur-

den von der Ausschußmehrheit aus CDU/CSU und FDP kritisiert. Zum Teil sei bei einer Umsetzung der Bestimmungen damit zu rechnen, daß Arbeits- und Betriebsabläufe in unnötiger und teilweise äußerst bedenklicher Weise behindert würden.“ (Bundestagsdrucksache 10/1177)

Entwurf der Bundesregierung

In der Zielsetzung, die die Bundesregierung ihrem Entwurf vorangestellt hat, ist von dem reaktionären Inhalt noch wenig zu lesen. Das ändert sich, wenn man sich die Paragraphen im einzelnen anschaut:

- 6-Tage-Woche, 8 Stunden Arbeitszeit pro Tag kann verlängert werden. Die Grenze ist die Mindestruhezeit von 11 Stunden, die für bestimmte Bereiche grundsätzlich aufgehoben ist, per Tarifvertrag noch weiter verkürzt werden kann;
- während bisher an 30 Tagen bis zu 10 Stunden gearbeitet werden konnte, kann nach dem neuen Entwurf bis zu 60 Tage entsprechend lang geschuftet werden;
- sonn- und feiertags ist bis zu sechs Stunden Arbeit in Zukunft generell möglich. Die Sonn- und Feiertagsarbeit, die grundsätzlich nicht erlaubt ist, soll mit 19(!) Ausnahmen möglich sein. Dabei so schwammig wie: „bei Arbeiten, die aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen (...) einen ununterbrochenen Fortgang erfordern.“ (§ 7,2, Pkt. 19)

- das Nachtarbeitsverbot für Frauen wird eingeschränkt. Bisher galt es ab 20.00 Uhr. Nach Blüm soll zukünftig gelten: „Arbeiterinnen dürfen in der Nachtzeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr für einen zusammenhängenden Zeitraum von 7 aufeinanderfolgenden Stunden nicht beschäftigt werden.“ (§ 10,1)
- die Pausenregelung für Frauen wird verschlechtert. Bisher bis zu 8 Stunden Arbeitszeit bei mindestens 6 Stunden 30 Minuten, in Zukunft gilt dies bei Arbeiten bis zu 9 Stunden, bei denen bisher 45 Minuten Pause zugestanden waren. Bei über 9 Stunden galten bisher 60 Minuten, in Zukunft sollen es nur noch 45 Minuten sein.

Außerdem werden den Tarifvertragsparteien und unter bestimmten Voraussetzungen auch den Betriebspartnern mehr Befugnisse und mehr Verantwortung als bisher übertragen“ (Bundestagsdrucksache 401/84, S. 2)

Das bedeutet auf gut Deutsch, daß die im Gesetzentwurf vorhandenen Öffnungsklauseln für Tarifverträge von den Unternehmern benutzt werden können, um in schlecht organisierten und kampfschwachen Tarifbezirken weitere Aushöhlungen der kollektiven Schutzrechte zu erpressen. Sie wären dann der Maßstab, an den sich auch andere Branchen anpassen sollen.

Die zusammenfassende Beurteilung ergibt also auch hier wie beim Beschäftigungsförderungsgesetz: Etikettenschwindel — der Wenderegierung geht es um die weitere Aushöhlung von Grenzen, die im Kampf um den Normalarbeitsstag von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erreicht wurden. Es geht auch hier um die Rolle rückwärts!

Anhörung der Grünen zu ihrem Gesetzesentwurf

Kurz vor der schon erwähnten 1. Lesung der z. Z. zur Debatte stehenden Gesetzesentwürfe zur Arbeitszeitordnung führte die Fraktion der Grünen unter Leitung des ehemaligen Daimler-Benz-Betriebsrates Willi Hoss eine Diskussion zu ihrem Text durch, an dem etwa 40 Teilnehmer beteiligt waren, überwiegend Sozialwissenschaftler, daneben einige wenige Betriebsräte, genau 3 an der Zahl.

Die Grünen begründen ihren Entwurf wie folgt:

„A. Problem: Die gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit im Erwerbsleben ist dringend erforderlich. Der paradoxe Zustand, daß auf dem Arbeitsmarkt ein offenkundiges Überangebot, im Bereich privater und öffentlicher Lebensverhältnisse hingegen ein offenkundiger Bedarf an verfügbarer Arbeitskraft besteht, muß geändert werden.

B. Lösung: Mit dem Arbeitszeitgesetz soll die Erwerbszeit quantitativ verkürzt und auf diese Weise auf eine größere Zahl von Beschäftigten umverteilt werden: Das Ziel ist eine spürbare Verringerung der Massenarbeitslosigkeit. Des weiteren sollen Zeiteinheiten, die heute noch für Erwerbszeit verausgabt werden, qualitativ auf solche Arbeiten umverteilt werden, die zwar nicht in Gestalt von Erwerbszeiten organisiert sind, gleichwohl für das gesellschaftliche Leben und Überleben notwendig sind: Die Ziele sind hierbei ökologischer, sozial- und allgemeinpolitischer Art. (...)

Eine ganze Reihe von Punkten, die den Entwurf der Grünen umfaßt, ist sicher positiv zu beurteilen, u. a.:

- Der Begriff der „arbeitsgebundenen Zeit“ — darunter werden auch die Pausen und Wegezeiten gefaßt.
- 5-Tage-Woche, 40 Stunden in der Woche und 8 Stunden werden als normale Arbeitszeit festgeschrieben;
- die Mehrarbeit wird begrenzt auf zwei Stunden in der Woche, auch für Teilzeitarbeit zählt jede Stunde oberhalb der vereinbarten Zeit als Mehrarbeit, die ab der 2. Stunde generell durch Freizeit abzugelöst ist;
- Arbeit auf Abruf wird verboten;
- Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit werden generell verboten bzw. nur in eng begrenzten Fällen erlaubt.

Die Probleme dieses Entwurfs liegen, und dies stellte sich so auch in der Anhörung dar, in den Vorstellungen, wie sie in der Präambel und in der Begründung zu den Freistellungsparagraphen (12, 13 und 14) enthalten sind.

„Bezahlte Freistellungen sollen möglichst sein für:

- Kindererkrankungen (§ 12) bis zu 20 Tagen;
- berufliche, politische etc. Fortbildung (§ 12);
- politische, gewerkschaftliche Tätigkeit (§ 12) zusätzlich bis zu 20 Tagen;

- Kindererziehung — bis zu drei Jahren (§ 13); dies nur mit „staatlicher Entschädigung“;
- unbezahlt 6 Monate in 6 Jahren, bis zu drei Jahre für eine pflegebedürftige Person im Hausstand (§ 13).

In der Begründung hierzu heißt es u. a.: „Stärkere Eigeninitiative, die von politisch interessierter Seite immer wieder beschworene größere Eigenverantwortung der Bürger oder Formen nachbarschaftlicher Hilfe führen in diesen Bereichen fraglos zu einer gewissen Entlastung der staatlichen Verwaltung (...) wohl auch zuweilen wirtschaftlicheren Ergebnissen.“ (Seite 17, Bundestagsdrucksache 10/2188)

Hieran entzündete sich zu Recht die Debatte, inwieweit dies nicht nur ein Einfallstor für reaktionäre Kräfte, der Wende-Regierung beispielsweise, sei, sondern selbst Ausdruck von Refamiliarisierungsvorstellungen von glücklicherweise zumindest zum Teil gesellschaftlicher Arbeit (Sozialdienste) ist.

Von den Autoren des Textes wurde dies — subjektiv — verneint.

Ein Problem ist, daß z. B. für Kindererziehung dann nur eine staatliche Entschädigung in unbekannter Höhe gezahlt würde. Dies würde automatisch dazu führen, daß in der Regel die schlechter bezahlten Frauen, wie auch heute, zuhause blieben; von Vorstellungen über stärkere Vergesellschaftung von Kindererziehung ganz abgesehen.

Auch an einem anderen Punkt gab es kontroverse Debatten, in denen die Vertreter des WSI (DGB-Institut) und z. T. die Betriebsräte Probleme in der Anlage des Entwurfs sahen: dem generellen Wegfall der Frauenschutzrechte.

Angesichts der Angriffe der Wende-Regierung auf diese Rechte, stellt sich zu Recht die Frage, ob es nicht nötig ist, diese zu verteidigen, anstatt ihre Aufhebung zu fordern. Die anwesenden Vertreterinnen von Teilen der Frauenbewegung unterstützen dagegen den Gesetzestext.

Ein wichtiger Gesichtspunkt wurde, obwohl er sich durch eine ganze Reihe Diskussionspunkte zog, nicht gründlich erörtert: die Frage wie über den „langen Eugen“ (Abgeordneterhochhaus), in dem die Anhörung stattfand, hinaus die politischen Aktions- und Handlungsmöglichkeiten von den Grünen in dieser Frage beurteilt und angegangen werden.

Die parlamentarischen Machtverhältnisse sind ja nun mal sehr klar. Es würde also die Frage stehen, wie es mit Aktivitäten außerhalb des Parlaments, gemeinsam mit den Gewerkschaften, vielleicht auch der SPD, zu dem von der Bundesregierung geplanten eigenen Gesetz zur Arbeitszeitordnung aussieht.

Hierzu ist die Antwort von Willi Hoss, man würde über die Partei der Grünen die eigenen Landesverbände und Gruppen vor Ort informieren, denn doch etwas wenig. Nicht nur wegen des relativ großen Desinteresses, auf das dies Thema bei den Grünen selbst stößt, sondern angesichts der Tatsache, daß es entscheidend darauf ankommen würde, den DGB zu fordern. (Gekürzt aus: RGO-Nachrichten Nr. 1/85)

Beschäftigungsrisiken in der Automobilindustrie?

Zumindest wenn es nach dem Betriebsratsvorsitzenden von Ford/Köln, Kuckelkorn geht, steht das Fragezeichen zu Recht. So äußerte er sich wenigstens in einem Interview am 2.2. im WDR II. Auf die Frage des Moderators, ob ihm dann das an die EWG-Kommission, verschiedene Regierungen usw. geschickte Strategiepapier von Ford/Europa bekannt sei, das die Schließung ganzer Werke vorsieht (siehe dazu auch RM 1/2-85), meinte er, er glaube nicht, daß es so ein Papier gäbe, außerdem sei in Köln so ziemlich alles o.k., eigentlich könne er sich ruhig zurücklehnen und die Entwicklung abwarten.

Vor einem solchen Hintergrund — und ähnliche Haltungen sind bei verschiedenen anderen Betriebsratsführern in den großen Werken der Automobilindustrie ebenso zu finden — ist es schon ein Fortschritt, daß vom IGM-Vorstand ein Papier zu den „Beschäftigungsrisiken in der Autoindustrie“ vorgelegt wurde.

Die Kernpunkte der Analyse der derzeitigen Situation sind:

- „In den letzten zwei Jahrzehnten waren Produktivitätsgewinne im wesentlichen gekoppelt mit einem Mengenwachstum der Produktion und dem damit verbundenen Ausbau der Fertigungskapazitäten.“

- Das weltweite Wachstum der Nachfrage wird bis zum Jahre 2000 nur noch gering sein. Schon deswegen, aber auch wegen der sich aus der dritten industriellen Revolution ergebenden Dynamik, muß den Produktivitätsperspektiven um so größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

- In den ersten drei Jahren dieses Jahrzehnts ist die Schere zwischen dem Wachstum der Produktion und der Produktivität noch weiter aufgerissen. Neu ist, daß die Entwicklung der Arbeitszeit diese Produktivitätsüberschüsse nicht mehr kompensiert. Deswegen kippte der Beschäftigungstrend.“

Diese Entwicklung wird durch eindrucksvolle Zahlen untermauert, siehe Tabelle 1.

Gleichzeitig wird die zukünftige Entwicklung näher beleuchtet, deren entscheidende Gesichtspunkte sind:

„Zum anderen schieben sich neben dem Produktionsbereich nunmehr ganz andere Rationalisierungsfelder stärker in den Vordergrund: Viele verschiedene Unternehmensbereiche werden mehr als bisher zum Rationalisierungsfeld. Mehr noch — wurde bisher in den einzelnen Unternehmensbereichen unabhängig voneinander rationalisiert, so greift nunmehr eine integrierte Rationalisierung alle Abläufe im Gesamtunternehmen auf. Darüber hinaus wird sogar das Beziehungsgeflecht zwischen Automobilunternehmen und Zulieferern zum Rationalisierungsziel.“

Diese Entwicklung ist erst noch in den Anfängen — „die breitenwirksame Umsetzung neuer Technologien (hat sich) noch nicht vollzogen (...) sie steht jedoch unmittelbar für die nächsten Jahre bevor.“

Daraus ergibt sich: „nimmt

man Trends und Perspektiven von Produktion und Produktivität zusammen, so zeigt sich, daß sich die bislang bereits aufgerissene Schere eher noch weiter öffnen wird. Das bedeutet, daß das Arbeitsvolumen noch schneller sinken wird als in der Vergangenheit. Die sich daraus ergebenden Gefahren für die Beschäftigungsentwicklung sind unübersehbar.“

Gleichzeitig wird richtig analysiert, daß schon in den letzten Jahren enorme Investitionen getätigt worden sind.

Nicht zuletzt dadurch hat die westdeutsche Automobilindustrie ihren Weltmarktanteil gehalten bzw. leicht gesteigert — von 12 Prozent 1980 auf 12,9 Prozent in 1983.

Die Produktivität ist in diesem Zeitraum enorm gesteigert worden. Während 1980 der Produktionswert je Beschäftigten bei 185000 Mark lag, stieg er bis 1983 auf 243700 Mark.

So nimmt es denn auch nicht wunder, daß sich die finanzielle Lage der Automobilindustrie glänzend entwickelte, wie die Tabelle 10 zeigt.

Welche Bedeutung der Automobilproduktion in der BRD zukommt, sollen zum Schluß dieses ersten Teils noch folgende Hinweise deutlich machen:

1. Allein im Straßenfahrzeugbau arbeiten über 20 Prozent der in der gesamten Investitionsgüterindustrie Beschäftigten (780000 von 3,5 Millionen)

2. Insgesamt sind rund 1,4 Millionen Erwerbstätige vom Automobilbau abhängig, das entspricht etwa jedem 18. Arbeitsplatz. In den Regionen, in denen die Großwerke der Autoindustrie sind, ist der Anteil natürlich relativ sehr viel höher.

Schon aus der Analyse und den zukünftigen Perspektiven zeigt sich, daß die kapitalistische Krise hier ihren nächsten Höhepunkt finden wird. Wichtig sind also die Antworten, die die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf diese Frage geben, welche Orientierung auf den Kampf sie geben. Darauf wollen wir im zweiten Teil des Artikels im nächsten Roten Morgen anhand der Vorschläge des IGM-Vorstandes eingehen.

Beschäftigungsrisiken in der Autoindustrie

Kopien dieser IGM-Studie sind beim RGO-Koordinierungsausschuß (Postfach 410332, 4600 Dortmund 41) gegen Kopierkosten (5,— DM) erhältlich.

Tab. 1: Komponenten der Beschäftigungsentwicklung im Straßenfahrzeugbau

Durchschnitt der jährlichen Veränderungsrate in Prozent

	70/80	79/80	80/81	81/82	82/83	80/83
Produktion	+2,1	-1,6	+6,4	+0,5	+0,5	+2,5
Produktivität	+2,7	+0,3	+8,4	+1,2	+0,9	+3,4
Arbeitsvolumen	-0,6	-1,9	-2,0	-0,7	-0,4	-0,9
Beschäftigte	+1,1	+1,6	-1,8	+0,3	-1,8	-1,0
Arbeitszeit	-1,7	-3,7	-0,2	-0,5	+1,1	+0,2

Tab. 2: Selbstfinanzierungsquote und liquide Mittel der Automobilkonzerne (in Mrd. DM)

	1980	1981	1982	1983
(1) Umsatzüberschuss	6,3	7,1	8,9	10,1
(2) Sachinvestitionen	5,9	6,5	7,6	7,0
(3) Selbstfinanzierungsquote in % (1)/(2)	106,7	108,7	116,2	143,8
(4) liquide Mittel	8,9	7,5	7,0	10,9

Gesetzentwurf der Grünen

Verbot unmenschlicher Haftbedingungen

In der letzten Woche hat die Fraktion der Grünen im Bundestag einen Gesetzentwurf zum Verbot unmenschlicher Haftbedingungen eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß in der Strafprozeßordnung und im Strafvollzugsgesetz ein entsprechender Paragraph eingefügt wird. Außerdem sieht der Gesetzentwurf die Aufhebung des sogenannten Kontaktsperregesetzes vor.

Der Wortlaut des Paragraphen „Verbot unmenschlicher Haftbedingungen“ ist:

„(1) Der Untersuchungsgefangene (bzw. der Strafgefangene) darf keiner unmenschlichen Behandlung unterworfen werden. Eine unmenschliche Behandlung ist insbesondere die Zufügung von physischen und psychischen Schmerzen, soweit diese nicht aus der haftbedingten Einschränkung der körperlichen Bewegungsfreiheit selbst herrühren.“

(2) Verboten sind insbesondere: die Isolation des Strafgefangenen von anderen Gefangenen, das systematische Fernhalten und Behindern von Besuchen und Außenkontakten, Trennscheiben bei Besuchen; das systematische Fernhalten von akustischen und optischen Sinneswahrnehmungen von außen, wie z. B. schallisolierte Zellen, entwürdigende körperliche Durchsuchungen, ständige Kontrollen bei Tag und Nacht.“

In der Begründung für ihren Gesetzentwurf beziehen sich die Grünen vor allem auf die Sonderhaftbedingungen, denen ein großer Teil der Gefangenen aus der RAF oder ihrem Umkreis unterworfen ist. (S. auch Pressemitteilung der Anwälte auf dieser Seite). Daß Isolationshaft psychische und körperliche Schäden verursacht, ist in zahllosen Gutachten nachgewiesen worden. Diese Tatsache ist natürlich auch den Verantwortlichen bekannt. Zur Rechtfertigung werden im allgemeinen Sicherheitsgründe ins Feld geführt.

Dazu heißt es in der Begründung für den Gesetzentwurf:



„Alle diese Maßnahmen sind nicht damit zu rechtfertigen, daß die Sicherheit in der Vollzugsanstalt oder ‚draußen‘ gefährdet sei. Zur Wahrung der Sicherheit ist die dargestellte Isolation völlig überflüssig. (...) Die Propaganda der ‚Zellensteuerung von Terroranschlägen‘ draußen ist nichts weiter als ein Rechtfertigungsversuch der Isolationshaft. Diese Zellensteuerung, d. h. die Planung von Gewaltaktionen aus dem Gefängnis, wurde auch bisher in keinem Fall nachgewiesen. Schon vor sieben Jahren, als die angebliche Zellensteuerung zur Rechtfertigung der Kontaktsperre diente, bestätigte der damalige Justizminister Vogel, daß es keine Bestätigung und keine Beweise für eine Planung und Steuerung von Gewaltaktionen aus der Zelle heraus gäbe. Hieran hat sich bis heute nichts geändert.“

„Ziel der Isolation“, heißt es in der Begründung für den Gesetzentwurf weiter, „ist es vielmehr, die menschliche und politische Identität der Gefangenen zu brechen. Einer Studie des Innenministeriums aus dem Jahre 1983 ist zu entnehmen, daß die Isolationsbedingungen den ‚Zusammenbruch des Weltbildes‘ der Gefangenen zum Zweck habe, wohinter die körperliche Integrität zurückzutreten habe.“

Dieser Versuch, die politische Überzeugung eines Gefangenen durch solche Sonderhaftbedingungen zu ändern, verstößt gegen das Grundgesetz und muß als Folter bezeichnet werden.

An sich hat die Bundesrepublik verschiedene internationale Vereinbarungen unterzeichnet, in denen die Folter geächtet wird. So zum Beispiel die „Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ und den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“. In beiden Vereinbarungen heißt es wortgleich: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.“ Danach dürfte Isolationshaft in der Bundesrepublik also gar nicht stattfinden. Dürfte — denn auf den Pferdefuß bei diesen Vereinbarungen weisen auch die Grünen in der Begründung für ihren Gesetzentwurf hin.

Dort heißt es: „Das Problematische bei all diesen völkerrechtlichen Regelungen ist, daß sie keine Mechanismen zur Durchführung vorsehen. Dies ist anders bei der vom Europarat vorbereiteten „Europäischen Konvention zum Schutz von Häftlingen vor Folter und vor grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung“. Eine fünfköpfige, von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählte Kommission erhält die Befugnis, zu jeder Zeit ohne Voranzeige alle Haftorte aufzusuchen und hierüber den zuständigen Stellen Mitteilung zu machen. Am 28. 9. 1983 empfahl die Parlamentarische Versammlung des Europarats dem Ministerkomitee, dieser Konvention zuzustimmen. Der Strafvollzugausschuß der deutschen Bundesländer lehnte die Unterzeichnung dieser Konvention ab mit der Begründung, dies sei nicht erforderlich.“ (!)

Eine gesetzliche Regelung gegen unmenschliche Haftbedingungen tut also dringend not. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Grünen dazu jetzt die Initiative ergriffen haben.

Strafgefangenen unterliegen — wobei diese Bedingungen in keiner Weise beschönigt werden sollen, auch sie sind in vielen Punkten menschenunwürdig — zumal auch zunehmend andere Gefangene etwa in Hochsicherheitstrakten untergebracht werden.

In der JVA Freiburg etwa haben alle Untersuchungsgefangenen täglich von morgens bis nachmittags 15.30 Uhr auf ihren Abteilungen (ca. 30—40 Gefangene) offene Zellentüren täglich einschließlich samstags und sonntags, können gemeinsam Videofilme sehen und an bestimmten Tagen gemeinsam Sport treiben. Die Strafgefangenen in der JVA Freiburg haben im gesamten Bau (ca. 500 Gefangene) offene Zellentüren, können sich besuchen etc.

Die schwer gesundheitsschädigenden, in der Tat auf Brechung der politischen Identität ausgerichteten Bedingungen von Einzel- aber auch von Kleingruppenisolation sind seit vielen Jahren bekannt. Die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in Interaktionsfähigen Gruppen von 15—20 Personen wurde schon 1975/76 etwa vom Leiter des Psychiatrischen Instituts der Freien Universität Berlin, Prof. Rasch — gerichtlich bestellter Gutachter im Verfahren gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof u. a. — verlangt vgl. Rasch, Die Gestaltung der Haftbedingungen für politisch motivierte Täter in der Bundesrepublik Deutschland, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 1976, S. 63, 68). Die von den Gefangenen im Hungerstreik erhobenen Forderungen sind voll und ganz berechtigt.

Am 31. 1. fand in Stuttgart eine Pressekonferenz von Verteidigern der Gefangenen statt, die seit dem 4. 12. im Hungerstreik waren. Wir veröffentlichen im folgenden auszugsweise eine Presseerklärung, die dort verbreitet wurde.

Die Justizminister des Bundes und der Länder sind inzwischen dazu übergegangen, bewußt Unwahrheiten über die Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand zu verbreiten. So hat Bundesjustizminister Engelhardt in der Bundestagsdebatte zur Zwangsernährung verbreitet, es gäbe keinerlei Isolationshaft. Der baden-württembergische Justizminister und derzeitige Vorsitzende der Justizministerkonferenz Eyrich hat behauptet: „Die Hungerstreikenden hatten und haben zumindest die gleichen Rechte wie andere Straf- und Untersuchungsgefangene.“ (Badische Zeitung, 26. 1. 85). Und: „Allen wurden Gemeinschaftsveranstaltungen angeboten.“ (BZ, 30. 1. 85). Diese Lügen sind von zahlreichen Medien begierig aufgegriffen worden, um die Behauptung stützen zu können, den Gefangenen ginge es in Wahrheit gar nicht um die Haftbedingungen.

Tatsächlich sind die Gefangenen seit 14 Jahren einer immer mehr verschärften Sonderbehandlung ausgesetzt. Mit noch so viel Dementis lassen sich die in Stein und Beton dahestehenden Tatsachen der Hochsicherheitstrakten, in denen die Gefangenen abgeschottet sind, nicht aus der Welt reden. Schwarz auf weiß sind die Isolationshaftbedingungen in Haftstatuten und Vollzugsplänen festgeschrieben. (...) Z. B. im

vorgedruckten 24-Punkte-Haftstatut der BGH-Ermittlungsrichter. Dieses Haftstatut wurde z. B. gleichermaßen für Adelheid Schulz, Brigitte Monhaupt und Christian Klar nach deren Verhaftung Ende 1982 festgesetzt, wie es bei allen in diesem Sommer/Herbst neu Festgenommenen gilt. In diesem Haftstatut sind u. a. bestimmt: ständige Einzelhaft in besonders verschlossenen Zellen mit Fliegendrahtgitter oder Lochble-

Normale Haftbedingungen für RAF-Gefangene?

Anwälte zu den Haftbedingungen der Gefangenen

chen vor den Fenstern, Einzelzuschüssen, Einzelhofgang, Ausschluß von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen, tägliche Zellenrazzias, ständige „unauffällige“ Beobachtung, Umkleiden und körperliche Durchsuchung vor und nach jedem Besuch der Verteidiger oder der Freunde und Verwandten.

Nach Anklageerhebung geht die Zuständigkeit für die Untersuchungshaftbedingungen auf die wenigen in der BRD bestehenden Sondersenate für § 129a StGB-Verfahren über. Diese stützen sich auf das BGH-Haftstatut und ändern es allenfalls in unwesentlichen Punkten. (...) Die „zum Ausgleich“ dieses Isolationskonzepts vielerberuf-

nen „Vergünstigungen“, wie etwa höherer Geldbetrag für Einkauf, höherer Zeitungsbezug, vermögen in keiner Weise die Isolation zu kompensieren.

Unter den dargestellten Haftbedingungen — Einzelisolation in Hochsicherheitstrakten — befinden sich derzeit 14 der im Hungerstreik befindlichen Gefangenen.

Nach rechtskräftiger Verurteilung, als Strafgefangene gelten für die Gefangenen Voll-

zugsanstalten. (...) Auch hier wird die Einzelisolation unter Berufung auf die nicht erfolgte „Lösung von der Terrorismus-szene“ ohne irgendwelche „Lockerungs“-perspektive — außer im Fall des Abschwörens — in der Regel aufrechterhalten. Ausschließlich für einzelne Strafgefangene sind — in Celle, Lüneburg und Berlin — drei Kleingruppen von 3—4 Gefangenen, abgeschottet in Hochsicherheitstrakten, eingerichtet worden. (...) In allen aufgeführten Punkten unterscheiden sich die Haftbedingungen der Gefangenen im Hungerstreik nachhaltig von solchen, denen die meisten anderen Untersuchungs- und

Sonnenbrillen, Regenschirme und die Demonstrationsfreiheit

Nachdem auch die Polizei den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verschärfung des Demonstrationsrechts kritisiert hatte, wird er jetzt wohl fallengelassen. Die Rechtsexperten der Bundesregierung haben sich bereits auf einen neuen Vorschlag zur Verschärfung des Demonstrationsrechts geeinigt. Beabsichtigt ist, den Paragraphen 125a „besonders schwerer Landfriedensbruch“, zu erweitern.

Landfriedensbruch (§ 125) ist es laut Strafgesetzbuch, wenn „aus einer Menschenmenge heraus“ Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen begangen oder angedroht werden. „Besonders schwerer Landfriedensbruch“ (Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu 10 Jahren) lag bisher vor, wenn der „Täter“ bewaffnet war, wenn es zu schwerem Sachschaden oder zu schweren Körperverletzungen kam.

Jetzt soll „schwerer Landfriedensbruch“ auch vorliegen, wenn 1. der „Täter“ „in Aufmachung erscheint, die dazu bestimmt ist, die Identität zu verbergen“ und 2. „Gegenstände mit sich führt, die der Art nach dazu geeignet sind, Vollstreckungsmaßnahmen (der Polizei)

Hessen Landtag gegen Berufsverbote

In der vergangenen Woche hat der hessische Landtag mit den Stimmen der SPD der Grünen und der FDP die Berufsverbotspraxis des Bundespostministers Schwarz-Schilling kritisiert. In einer Entschließung werden die Dienstenthebungen für die drei hessischen Postbediensteten Herbert Bastian, Wolfgang Repp und Axel Brück gerügt, und deren Aufhebung gefordert. Gegen die drei waren Disziplinarverfahren wegen ihrer außerdienstlichen DKP-Aktivitäten eingeleitet worden. Das Bundespostministerium geht in gleicher Weise bundesweit gegen noch viel mehr Bedienstete vor. Im Landtagsbeschluss von Hessen heißt es, der schematische Bezug auf die Mitgliedschaft und Betätigung in einer Partei „im Rahmen des geltenden Rechts“ sei nicht ausreichend für die Entlassung aus dem öffentlichen Dienst.

Baden-Württemberg

Friedens-Volksbegehren für „unzulässig“ erklärt

Stuttgart. — Ein von 110000 Unterschriften unterstütztes „Volksbegehren für den Frieden“ ist nach Ansicht des baden-württembergischen Innenministers Dietmar Schlee unzulässig und darf nicht durchgeführt werden. Die Antragsteller hatten gefordert, die Stuttgarter Landesregierung möge alles in ihrer Macht Stehende tun, „um Stationierung, Lagerung, Herstellung und Transport von ABC-Waffen zu verhindern und insbesondere die bereits erfolgte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen rückgängig zu machen.“

Hätte der Innenminister anders entschieden, wäre bei einer Abstimmung die Zustimmung von einem Sechstel der wahlberechtigten Bevölkerung Baden-Württembergs erforderlich gewesen. Hätte der Landtag dem Gesetzentwurf widerspro-

— RM) abzuwehren.“

Schon bisher war es fast unmöglich, in Prozessen wegen „schweren Landfriedensbruchs“ den Freispruch eines Demonstranten zu erreichen. Denn was eine „Waffe“ ist, ist im Strafgesetzbuch nicht definiert. Der Fantasie der Polizei waren folglich keine Grenzen gesetzt.

In Zukunft aber sind der Willkür von Polizei und Justiz vollends Tür und Tor geöffnet. Im Zweifelsfall reichen Sonnenbrille und Regenschirm. Denn daß erstere aufgesetzt wird, um unerkannt zu bleiben, weiß man aus jedem Spionagefilm und daß zweiterer nicht nur dazu dienen kann, Regentropfen, sondern auch Wasserwerfergüsse abzuwehren, liegt auf der Hand.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen soll noch ein allgemeines „Vermummungsverbot“ durchgesetzt werden. Wer dagegen verstößt, soll zahlen. Vermutlich wird die Polizei mit diesen neuen Vorschlägen zufrieden sein. Und der Verfassungsschutz erst recht. Denn gute Fotos und Filmaufnahmen auf Demonstrationen wären mit dem neuen Gesetz garantiert.

Köln Milderer Urteil für Todesschuß

Ein Polizeibeamter, der im August 1983 in Wesseling bei Köln einen Radfahrer erschossen hatte, war in einem ersten Prozeß zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden — auf Bewährung. Keine der Darstellungen des „schnellen“ Beamten konnte bewiesen werden, das Gegenteil aber mehrfach. Während der Beamte aussagte, der Radfahrer hätte ihn angegriffen und versucht, ihm die Waffe zu entreißen, und bei einem Handgemenge habe das Opfer den Schuß selbst ausgelöst, sagten Zeugen das Gegenteil aus. Eine Auseinandersetzung, ein Handgemenge habe es gar nicht gegeben. In der Revision, die der Polizist angestrengt hatte, bezeichnete auch die 13. Große Strafkammer des Kölner Landgerichts die Darstellungen des Beamten als widerlegt — bestätigten aber lediglich das milde Urteil.

Im Rahmen unserer angekündigten ausführlichen Berichterstattung und Darstellung der Probleme „neue Medien, neue Techniken“ heute die erste Folge des längeren Artikels eines Genossen aus Karlsruhe. Nachdem wir uns in bisherigen Artikeln mit den medienpolitischen Aspekten, dem wirtschaftlichen Umfang, sowie dem allgemeinen Verhältnis zwischen den Wirkungsbeichen Medien und Rationalisierung befaßt haben, behandelt dieser Artikel (dessen zweiter Teil in der nächsten Ausgabe des RM veröffentlicht werden wird) ausführlich den Bereich der „heimlichen Verkabelung“ schwerpunktmäßig bei der Post.

Die heimliche Verkabelung

Wenn wir das Wort ‚Verkabelung‘ hören, denken wir zunächst an die sogenannte **Rundfunkverkabelung**, also an die Verkabelung mit Kupferkoaxialkabel zur Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen, denken wir an die Werbung ‚Kabelanschluß — mehr Programme, bestes Bild, bester Ton‘ auf den Postfahrzeugen oder an aufgerissene Gehsteige.

Doch während sich Politiker und Medien um Sinn und Unsinn einer flächendeckenden Verkabelung der Republik mit Kupferkoaxialkabel und um die Art der Zulassung privater Programmanbieter Scheingefechte liefern, vollzieht sich fast unbemerkt eine andere Entwicklung, über die kaum öffentlich diskutiert wird, weil sich die Parteien darüber längst einig sind: die **schleichende Verkabelung**. Und diese zweite Art der Verkabelung ist in ihren Auswirkungen weit aus gefährlicher als die Rundfunkverkabelung.

Worum geht es dabei konkret? Während bisher Telefongespräche, Telegramme, Fernschreiben und Datenaustausch zwischen Computern in getrennten Netzen liefen, also auf verschiedenen Leitungen und in unterschiedlichen Darstellungen übertragen wurden, werden heute im **Fernsprechnetz** die Vorbereitungen dafür getroffen,

diese verschiedenen Dienste zu **integrieren**, sie in eine einheitliche Form zu bringen und auf den gleichen Leitungen zu übertragen.

Ein paar Stichworte in der Entwicklung dieser schleichenden Verkabelung sind die bereits heute einsetzende **Digitalisierung der Übertragung**, d. h. die Umwandlung der Information in eine computergerechte Darstellung, und die mit diesem Jahr beginnende **Digitalisierung der Vermittlung**; beides nämlich ermöglicht 1986 die **Verschmelzung** der Fernsprech- und Datennetze. Zu einem späteren Zeitpunkt und durch den vermehrten Einsatz von **Glasfaserkabeln** wird dieses Netz auch die Merkmale der Rundfunkverkabelung, die Bewegtbildübertragung, integrieren.

Eine technische Erklärung würde an dieser Stelle zu weit führen, wir geben sie in allgemein verständlicher Form im zweiten Teil des Artikels. Für die weiteren Betrachtungen über die Auswirkungen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist es vorerst nur wichtig zu wissen, daß es neben der Rundfunkverkabelung um die **Integration** der bislang getrennten Dienste der Post in ein einziges Netz geht.

In der öffentlichen Diskussion um die Verkabelung stehen die medienpolitischen Veränderungen im Vordergrund. Die Veränderung der Medienlandschaft in Richtung einer weiteren Monopolisierung und (politischen) Gleichschaltung des Angebots sind eine unmittelbare Gefahr, doch bei weitem nicht die einzige.

Die Verkabelung orientiert sich in erster Linie an den Anforderungen der Wirtschaft. Dementsprechend bietet das vorhandene und geplante Angebot der Post Dienste, wie Bildschirmtext, Datenaustausch, Fernkopieren oder Videokonferenzen. Tatsächliche Vorteile für den privaten Verbraucher sind nicht zu erkennen bzw. ließen sich weitgehendst mit den derzeit vorhandenen Systemen realisieren. Die laufende Verkabelung der Haushalte bildet daher nur einen Gesichtspunkt, der hauptsächlich unter (medien-)politisch-ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten ist.

Auf die medienpolitischen Veränderungen durch die Breitbandverkabelung wollen wir hier nicht eingehen. Insgesamt werden wir uns hier auf den wesentlich bedeutsameren Bereich der Vereinigung der Fernsprech- und Datennetze sowie deren Digitalisierung beschränken. (Zu den medienpolitischen Fragen siehe RM 1/2/85)

Parallel zur Rundfunk- und Fernsehverkabelung finden umfangreiche Veränderungen im Fernsprech- und Datennetzen der Post statt. Mit Beginn dieses Jahres werden die Vermittlungsstationen computergerecht umgestaltet. Ab nächstem Jahr werden die Datennetze und das Telefonnetz schrittweise vereinigt. Hierbei werden die unterschiedlichsten Informationen (Wort, Bild, Text, Daten) in gleichartige, vom Computer verarbeitbare Signale umgewandelt.

Besonders diese im Stillen ablaufende Verkabelung birgt ein unheimliches Überwachungspotential in sich, da jede Nutzung der Netze protokolliert wird. Mit der ständigen Kontrolle im Betrieb (Personalinformationssysteme, Betriebsdatenerfassung), dem Einkauf mit Code- oder Eurochequekarte und der Einbindung des privaten Haushalts in Datennetze werden die Erstellung von Verhaltens- und Persönlichkeitsprofilen einzelner Personen oder ganzer Bevölkerungsgruppen zur realen Möglichkeit.

Am Beispiel Bildschirmtext

Die Bundespost bietet seit Mai

letzten Jahres neben anderen Diensten, wie den traditionellen Telefon und Telex, sowie neuen, wie Ferntextübertragung (Teletex) und Fernkopieren (Telefax), den Bildschirmtext (Btx) bundesweit an. Am Beispiel vom Bildschirmtext, im folgenden mit Btx abgekürzt, wollen wir die Möglichkeiten und Gefahren der Verkabelung darstellen.

Wir haben uns für das Beispiel Btx entschieden, weil es sowohl für den privaten wie gewerblichen Einsatz vorgesehen ist. Dennoch sind wir der Meinung, daß Btx nur ein Übergangsstadium darstellt, weil seine Leistungsfähigkeit zu gering ist. (Zu geringe Übertragungsgeschwindigkeit, zu langsamer Bildaufbau, keine Bewegtbildübertragung) und auf absehbare Zeit in der **heutigen Form** wieder vom Markt verschwindet. Bleiben und ausgebaut werden jedoch alle Anwendungen, die Btx einleiten soll.

men, die z. B. an der Einrichtung von Bildschirmtextzentralen und am Endgerätemarkt Milliarden verdienen, sowie ein Teil von Klein- und Mittelbetrieben.

Langfristig wird kein Fernsehgerät ohne eingebauten Dekoder mehr zu kaufen sein und muß so — ob man will oder nicht — die Kosten für diese Innovation mitbezahlen. Für die Planer stellt sich nicht die Frage, ob ein Bedarf in der Bevölkerung existiert; es geht lediglich darum, wie man am schnellsten die private Akzeptanz sichert.

Über die Kopplung von Telefon und Fernsehgerät sowie die Verbindung zu einem Computer werden der Empfang und das Senden von Informationen über die Telefonleitung realisiert. So entsteht ein Medium, das neue Formen der Kommunikation eröffnet.

Aber vom Aufbau her ist Btx ein Rechnernetzsystem, weil das alles kann, wozu Computer

lungen an jeden beliebigen anderen Teilnehmer zu ‚verschicken‘.

• Der **Rechnernetzverbund** bezieht durch die Kopplung mit anderen Rechnern die Datenverarbeitung mit ein.

Rationalisierung durch BTX

Diese Anwendungsbereiche bilden die Basis für eine Reihe von betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen. Durch die nun festgelegte Eingabeform von Daten in die Postnetze und die Übertragung unterschiedlichster Informationen in einem Netz wird die firmeninterne Daten-, Text- und Graphik-Speicherung, -Verarbeitung und -Übertragung zusammengeführt.

Btx ermöglicht den Abruf und die Eingabe von Daten von Außenstellen z. B. von Versiche-

Längerfristig werden die Rationalisierungseffekte bei einer größeren privaten Anschlußdichte dadurch erweitert, daß Auskünfte, Buchungen und Bestellungen von Fern-/Heimarbeit verwirklicht werden können.

Der verstärkte Einsatz von Btx gefährdet in den beschriebenen Bereichen Arbeitsplätze. Die kundennahen Bereiche können durch Btx straffer organisiert, gezielter gesteuert und genauer kontrolliert werden. Dies gilt z. B. für den Außendienst bei Versicherungen oder für Handelsvertreter. Sie hängen an der langen Leine der Zentrale.

Bei der dezentralen Dateneingabe fallen Arbeitsplätze für die Datenerfassung weg. Mit Fernbuchung und Fernbestellung erledigt der Kunde die Datenerfassung kostenlos. Die elektronische Textübermittlung gefährdet Teile des Briefdienstes.

kräfte dargestellt werden, die bei der Rationalisierung der Routineverwaltung usw. ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Enquetekommission des Bundestages, die die Auswirkungen durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien untersuchen sollte, schreibt in ihrem Bericht: „**Neue Informations- und Kommunikationstechniken werden durch Rationalisierungen mittel- und längerfristig Arbeitsplätze entbehrllich machen, vor allem aber Tätigkeitsmerkmale ändern, andererseits werden sie über geänderte Produkte bzw. Produktionen Arbeitsplätze schaffen und durch Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit infolge von Rationalisierungen Arbeitsplätze sichern. Über den Nettoeffekt gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Die reale Entwicklung hängt entscheidend davon ab, ob die erhöhte Produktivität vornehmlich in die Verbesserungen der Dienstleistungen umgesetzt wird oder in den Personalabbau.**“ Enquetebericht, S. 97)

Hier wird Augenwischerei betrieben. Welche Dienstleistungen wurden für die Konsumenten durch die Automatisierung verbessert. Im Gegenteil werden doch tendenziell Dienstleistungen auf den Verbraucher selbst übertragen, wie z. B. bei dem Eurochequeverbund der Sparkassen der Fall ist. Der Kunde soll seine Buchungen selbst am Terminal ausführen. Ähnlich funktionieren die Dienste beim Btx.

Der Verbraucher zahlt

Aber nicht nur die Arbeit, sondern auch die Kosten werden dafür dem Verbraucher angelastet. Btx-taugliche Fernsehgeräte, die durchaus als spätere Heimarbeitsplätze verwendbar sind, muß sich der Benutzer ebenso selbst und auf eigene Rechnung anschaffen, wie z. B. das zur Zeit von der Post hochgepriesene **Zweittelefon**. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, daß zwei Privatgespräche gleichzeitig geführt werden können, sondern daß ein störungsfreier und immer verfügbarer Computeranschluß vorhanden ist. Anschluß und laufende Gebühren zahlt der Postkunde...

Auf solchen ‚schmackhaften‘ Schleichwegen wird momentan in mehreren Bereichen versucht, die technischen und ideologischen Voraussetzungen für spätere Projekte, wie Teleheimarbeit zu schaffen.

Fortsetzung auf Seite 8

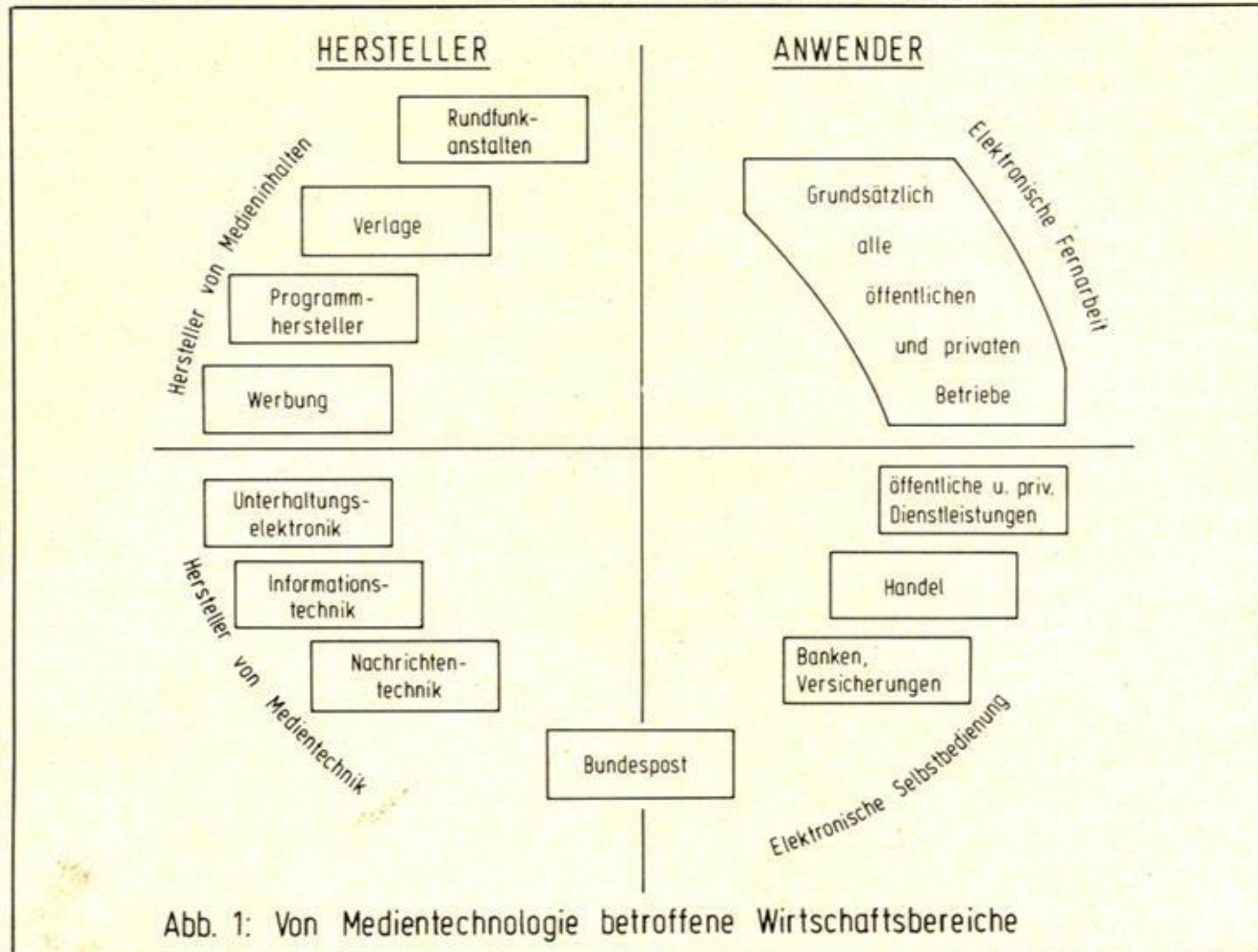


Abb. 1: Von Medientechnologie betroffene Wirtschaftsbereiche

Von seinem Preis und Nutzungsgebieten ist Btx eigentlich nur für den gewerblichen Einsatz interessant. Dem privaten Verbraucher wird ein Btx-Bedarf in den Mund gelegt und mit allen Mitteln propagiert. Interesse an der bundesweiten Ausbreitung von Btx haben allein eine Gruppe mächtiger Unterneh-

in der Lage sind. Es lassen sich grundsätzlich drei Anwendungsbereiche unterscheiden:

- Der **Informationspool** ermöglicht, Informationen strukturiert anzubieten, der Nutzer kann das Angebot individuell abrufen.
- Der **Mitteilungsdienst** erlaubt allen Teilnehmern, Mittei-

lungen oder Sammelbestellern von Versandhäusern.

Klein- und Mittelbetriebe können durch das Mieten von Rechenzeit und Programmen auf Großrechnern einen Teil ihrer Verwaltungsprozesse außer Haus abwickeln und Btx für das Bestellwesen einsetzen z. B. (Buchhandel, Apotheken).

Endstation Dienstleistung

Durch ‚Auskünfte vom Computer‘ fallen Arbeitsplätze im Bereich Beratung und Auskunft weg. Dies ist um so bedenklicher, als daß diese Tätigkeiten als Auffangbecken für Arbeits-

Fortsetzung von Seite 7

Nach und nach wird sich vielleicht der Teilnehmer einen Drucker, Bildspeicher, Heimcomputer und sonstige Zusatzeinrichtungen anschaffen und so seinen eigenen Heimarbeitsplatz finanzieren. (Da freut sich der Kapitalist).

Auf dem Weg zur elektronischen Heimarbeit

Die Möglichkeit, mit Hilfe der alten und vor allem neuen Informations- und Kommunikationstechnologien Arbeitsplätze aus den Bürobunkern der Ballungszentren in die Privathaushalte auszulagern und so die Arbeitszeit auf die individuellen und familiären Bedürfnisse und den persönlichen Arbeitsrhythmus anzupassen, spielt in fast allen Zukunftsszenarien von Politikern, Stadtplanern und Ingenieuren eine zentrale Rolle. Norbert Blum träumt von einem mikroelektronischen Biedermeier, in dem die 'heilsame Macht der Familie' die Folgeschäden der technischen Lebens- und Arbeitswelt vergessen läßt und Hans Matthöfer erhofft sich von einer Dezentralisierung der Verwaltungskomplexe Energieeinsparungen, eine Verkehrsberuhigung und eine Humanisierung des Arbeitslebens.

S. Wawrzinek, Leiter des Modellversuchs 'Schaffung dezentraler Arbeitsplätze' am Fraunhofer Institut in Stuttgart behauptet, daß durch die „Auslagerung“ elektronischer Arbeitsplätze Randgruppen aus strukturschwachen Gebieten wieder in die Arbeit eingegliedert werden können, z.B. „Behinderte oder Hausfrauen, die gerne noch ein paar Stunden am Tag arbeiten wollen“. Erstrebenswert hält er weiter die Einrichtung von „Nachbarschaftsbüros, in denen z.B. Frauen von Selbsthilfegruppen arbeiten könnten“. Das würde dann so aussehen, daß in einem Betonklotz eines Stadtrandgebietes pro Etage ein solches Nachbarschaftsbüro eingebaut wird, welches allen potentiellen Heimarbeitern zur Verfügung steht.

Daß hierbei nur eine Verlagerung der Arbeitsplätze stattfindet, verschweigt Wawrzinek ebenso, wie die sozialen und gesundheitlichen Nachteile solcher Arbeitsformen.

Gerwerkschaftliche Bedenken gegen Heimarbeit gehen u. a. davon aus, daß hier eine effektive Vertretung durch Betriebs- oder Personalräte nicht mehr durchführbar ist. Die Organisation kollektiven gewerkschaftlichen Widerstands ist bei Heimarbeiter(inne)n nahezu unmöglich, eine weitere Aushöhlung der ohnehin geringen tariflichen Rechte wäre die Folge.

Eine absinkende Qualifikation und Bezahlung im Leistungslohn (statt Gehalt) sind ebenfalls mit Heimarbeit verbunden. Die Durchdringung des Privatlebens mit solchen kapitalistischen Rationalisierungsprinzipien, wie sie bei Computer- und Bildschirmarbeit eingeübt werden, haben natürlich Konsequenzen auf das Leben der Beschäftigten.

Das Vorhandensein eines größeren Reservoirs von in der Regel weiblichen Arbeitskräften in entlegenen Vororten oder strukturschwachen Regionen, die über Kabel oder die Telefonleitung im Bedarfsfall auf Abruf zur Verfügung stehen, würde die Arbeitgeberseite in die Lage versetzen, die zentralen Büros personalmäßig weiter 'auszukämmen' und die verbleibenden Arbeitskräfte noch besser zu diszi-

plinieren, vor allem im Fall von Konflikten mit Gewerkschaften und den Betriebsräten bzw. Personalvertretungen. Die Versuche bei Siemens haben darüber hinaus gezeigt, daß auch die Erwartung individueller Zeitverfügbarkeit kaum für die Heimarbeiterin, wohl aber für die Firmenleitungen zutrifft, denn das Management zieht die auswärtigen Arbeitskräfte gerade für dringende Schreibarbeiten in den Zeiten heran, in denen die eigenen Bürokräfte nicht oder nicht mehr zur Verfügung stehen: In den Mittagsstunden,

werden.

Die so entstandenen Datensammlungen bieten eine Vielzahl von Einzelinformationen, die zusammengefaßt beliebig ausgewertet werden können, mit der Folge, umfassende Interessen- und Persönlichkeitsprofile über den Benutzer entstehen zu lassen.

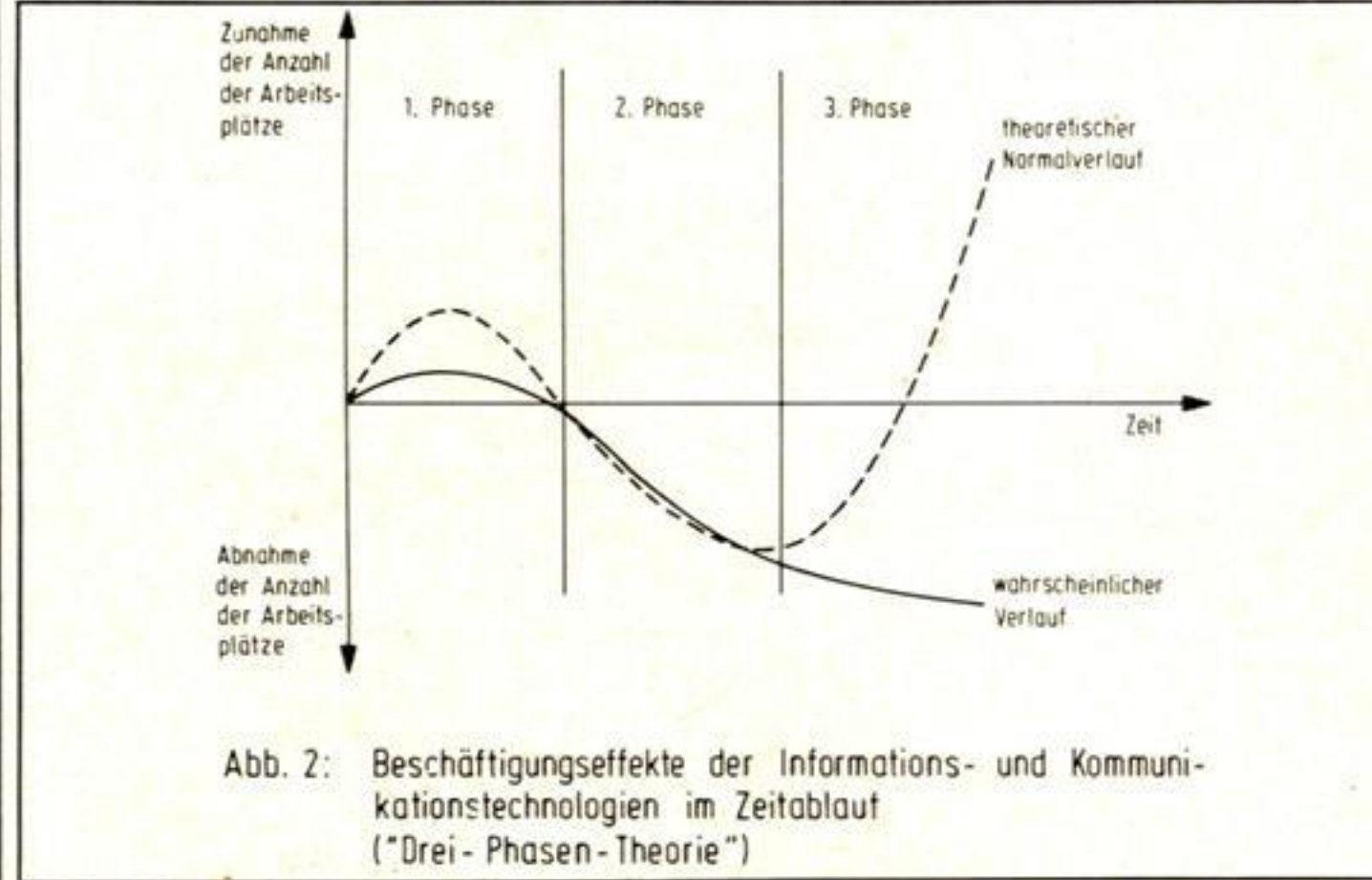
Es läßt sich leicht feststellen

- von welchem Anbieter der Teilnehmer Informationen abrief,

- an welcher Art von Information sie/er interessiert ist,
- wie häufig sie/er einzelne In-

formationen beliebig gespeichert, ausgetauscht, weitergegeben und ausgewertet werden.

Eine weitere große Risikoquelle für den 'Datenmißbrauch' bildet das Btx-Netz selber. Einen Teil der möglichen Anwendungen des Btx-Netzes liefern die 'Hacker'. Mit relativ einfachen Mitteln besteht die Chance, Btx-Nutzung auf Kosten anderer zu betreiben oder sich an den Konten von Btx-Teilnehmern zu bereichern. Insgesamt ist das Btx-Netz als sehr unsicher zu bezeichnen.



am späten Nachmittag und abends, wenn die 'heilsame mütterliche Gewalt' die größte Belastungsspitze aufweist.

Auch sonst müssen die Heimarbeiter(innen) jederzeit am Terminal verfügbar sein und dürfen es mit Arbeitsschutzbestimmungen, Pausenregelungen und tariflichen Maximalarbeitszeiten, besonders in Stoßzeiten, nicht so genau nehmen.

Da für die Teleheimarbeit zudem überwiegend standardisierte, mehr oder weniger monotone Routinetätigkeiten in Frage kommen, deren Ergebnisse (wie bei der Akkordarbeit) genau gemessen und kontrolliert werden können, wird nur allzu deutlich, daß sich unter den scharfen Konkurrenzbedingungen die häuslichen elektronischen Produktionstechnologien total auf die Arbeits- und Lebenssituation der Familien auswirken dürften. Die Bürowelt mit all ihren deformierenden Zwängen greift auf den Privathaushalt über und macht vor allem Frauen zu elektronischen Hausklaven, die bei allen Hausarbeiten und Erziehungsaufgaben ständig 'online' sein müssen.

Zwischenmenschliche Fähigkeiten, Kooperation und Kommunikation während der Arbeit entfallen vollkommen. Die Isolation des/der einzelnen wird hierdurch eher vorangetrieben als durchbrochen.

Die Kontrolle lebt

Die Bundespost speichert in den Btx-Zentralen alle für den Betrieb notwendigen Daten. Dies sind für jeden Teilnehmer zumindest:

- Grunddaten, wie Name, Anschrift, Telefonnummer, ...

- Abrechnungsdaten. Sie setzen sich aus den Grundgebühren und den Entgelten für die kostenpflichtigen Informationsabrufe zusammen.

- Inhalt der zugesandten und gesendeten Mitteilungen (sind das überhaupt noch notwendige Daten?).

Ebenso können in den externen Rechnern über alle Teilnehmer, die im Rahmen eines Vertrags- oder vertragsähnlichen Verhältnisses mit ihm kommunizieren, personenbezogene Daten anfallen und gespeichert

formationen abrief,

- zu welcher Zeit dies geschah usw.

Dieses Wissen genügt schon, die Interessen und Sehgewohnheiten zu beurteilen, worüber man bei keinem herkömmlichen Medium eine vergleichbar sichere Aussage treffen kann.

Darüber hinaus können diese Datensammlungen mit anderen Daten vermischt oder/und für andere Zwecke verwendet werden. Im Staatsvertrag über Btx steht:

„Der Betreiber von Bildschirmtext darf über jeden Teilnehmer speichern, wann, wie lange und wie oft er auf welche Weise den Bildschirmtext in Anspruch nahm. Die Speicherung soll jedoch so geschehen, daß sie nicht erkennbar ist. An Anbieter dürfen Daten weitergegeben werden, wenn der Teilnehmer eine Forderung auch nach Mahnung nicht beglich.“

Post verweigert minimalen Datenschutz

Indes ist noch nicht einmal bekannt, ob sich die Bundespost an diese Regelung halten wird. Eine rechtliche Verpflichtung besteht für die Post nicht, da der Staatsvertrag nur die Länder bindet. Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen hat im Februar 1983 erklärt, die Post werde die Anforderungen des Bildschirmtext-Staatsvertrages beachten, doch stellte sich in einem Gespräch mit Datenschutzbeauftragten heraus, daß sie nicht nur für Abrechnungszwecke, sondern auch bei Abruf nicht gebührenpflichtiger Seiten registrieren will, welcher Teilnehmer ihn wann, wie lange und wie oft nutzt. Einen Grund nannte die Post bislang nicht. (Vergl. 4. Tätigkeitsbericht der Landesdatenschutzbeauftragten 1983).

Wenn schon die Post Daten über das notwendige Maß hinaus speichern will und sich nicht ausdrücklich verpflichtet, den Staatsvertrag, der auch nur einen bedingten Datenschutz beinhaltet, anzuerkennen, so bestehen bei 'privaten' Nutzern überhaupt keine Schranken mehr. Alle anfallenden Daten

Die totale Überwachung in den Postnetzen

Speziell wollen wir auf eine Gefahrenquelle hinweisen, die bislang kaum Erwähnung findet und über den Rahmen von Btx hinausgeht. Nach den Planungen der Post sollen zukünftig alle Informationen digitalisiert in einem Netz vereinigt werden.

Alle Nachrichtenformen (Sprache, Text, Daten, Bilder) werden auf gleichartige Signale reduziert und im selben Netz übertragen. Da es sich um ein computergesteuertes Netz handelt, ist es vom Netz her nicht mehr zwingend, daß Nachrichten, die in einer Form eingegeben werden, nur in derselben Form wieder ausgegeben werden. Bereits heute können eingegebene Daten als Graphiken ausgegeben werden. Bis Anfang der 90er Jahre dürften die Entwicklungen der automatischen Spracherkennung so weit sein, daß eingegebene Sprache auch als Daten oder Texte ausgegeben werden kann.

Nicht nur Raum und Zeit, sondern auch die Form von Nachrichten können dann gezielt gesteuert werden. Wenn man bedenkt, wieviele Arbeitnehmer heute mit der Umwandlung von Nachrichten von einer Form in eine andere beschäftigt sind, wird das enorme Rationalisierungspotential deutlich.

Die Digitalisierung der Sprachübertragung eröffnet darüber hinaus technisch die Möglichkeit des automatischen Abhörens, Protokollierens und Auswertens. So können z. B. bestimmte 'Reizwörter' als digitale Sprachmuster in einen Computer eingespeichert werden. Bei der digitalen Übertragung der Fernsprechsprache braucht der Rechner diese nur mit dem gespeicherten 'Muster' vergleichen und kann dann ein Tonband einschalten oder ähnliches. An der Erkennung und Speicherung von Fließtext wird gegenwärtig geforscht.

Wesentlich einfacher als die automatische Spracherkennung ist die Identifikation einer Person anhand ihrer Sprache (automatische Sprecherkennung).

Es ist somit nicht mehr notwendig, die Auswahl der abgehörten Gespräche zu begrenzen, sondern es ist sogar denkbar,

daß der Postcomputer alle eingehenden Gespräche überwacht. Irgendetwas wird in den Maschen schon hängenbleiben.

Polizei

„Die Speicherkapazitäten der Computer sind praktisch unerschöpflich. Je mehr Daten von möglichst vielen Bürgern gespeichert sind, desto besser die Auslastung, desto effektiver die Fahndungsarbeit und letztlich auch damit die Überwachungsfunktion des staatlichen Gewaltapparates.“ (Aus: 'Der Apparat') „Wir überziehen die Bundesrepublik mit einem riesigen Schleppnetz. Irgendetwas wird schon in den Maschen hängenbleiben.“ (Horst Herold, ehemaliger Chef des Bundeskriminalamtes)

Es würde in dieser Broschüre erheblich zu weit führen, den gesamten Polizeiapparat aufzuschlüsseln. Offensichtlich ist jedoch eines: Je mehr Informationen über einzelne oder Gruppen an irgendwelchen Stellen gespeichert werden desto profitabler kann der Polizeiapparat arbeiten.

Schon längst funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und dem Wertschutz privater Betriebe hervorragend — hier leisten auch die Personalinformationssysteme ihre Dienste —, schon längst werden Personen gespeichert oder observiert, die als 'potentielle Störer' gelten.

Was sich aber durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien an zukünftigen Möglichkeiten bietet, kann ruhigen Gewissens mit dem Bild vom totalen Überwachungsstaat gleichgesetzt werden.

Alle gespeicherten Daten sind im Rahmen der Amtshilfe den polizeilichen Organen zugänglich — ob dies die Fernsehgewohnheiten sind (Pay-TV oder Pay-per-View beim Kabelfernsehen sind jederzeit rückverfolgbar, letzteres allein schon wegen der Gebühren), ob das Buchungen bei der Bank sind (bei „berechtigtem Interesse“ können sogar Privatpersonen Einblick in die Kontoführung bei vielen Banken erhalten), ob das betriebliche Personal Daten sind oder die Krankenkassen ein wenig Amtshilfe leisten.

Der Apparat wird letztendlich mehr wissen als man von sich selber noch weiß. In Hessen wurde bereits mit der Aufstellung einer Schülerdatei begonnen, die ähnliche Daten wie die betrieblicher Personalinformationssysteme enthält. An den Hochschulen laufen die Vorbereitungen zur Einführung eines 'Studenteninformationssystems'.

Militär

Neben der zivilen Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien haben natürlich auch die Militärs starkes Interesse an der Verbesserung ihres Nachrichtenwesens. Im Vordergrund steht dabei die Einrichtung des NICS (NATO Integrated Communication System), was bedeutet, daß sämtliche zivilen und militärischen Fernmeldeeinrichtungen zu einem einzigen NATO-weiten Informationssystem ausgebaut werden.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Glasfaserverkabelung zu, deren enorme militärische Nutzbarkeit von den Militärs in allen Höhen gelobt wird. Wichtigste Vorteile gegenüber den Koaxialkabeln sind dabei:

- großer Schutz gegen elektromagnetische Impulse, wie sie bei Atombombenexplosionen entstehen, deren Wirkung auf herkömmliche Kabel vernichtend sein kann;

- große Immunität gegenüber elektromagnetischer Interferenz, das heißt, Störungen von außen werden auf ein Minimum reduziert;

- keine Abstrahlungen und Übersprechen wie bei Kupferkabeln, nicht peilbar und praktisch abhörsicher. Abhöraktionen des 'Gegners' können z. Zt. nur unter Laborbedingungen durchgeführt werden, ohne daß der Eingriff von den Endgeräten nicht sofort bemerkt werden würde;

- Vereinfachung der gesamten Technik und Wartung. Personaleinsparung, da keine elektrischen Signale mehr benutzt werden, Zwischenverstärker entfallen, auf Blitzschutz und Schutz vor elektromagnetischen Impulsen kann verzichtet werden;

- auch der mobile Einsatz der Kabel durch das geringe Gewicht von Glasfaser, die hohe Reißfestigkeit und die damit leichte Verlegbarkeit haben enorme Vorteile.

Um die militärische Nutzung der Postnetze zu sichern, schloß die Bundeswehr 1957 einen Staatsvertrag mit der Bundespost, in dem sich die Post verpflichtet, ihr Netz jederzeit der Bundeswehr (und damit auch der NATO) zur Verfügung zu stellen.

Zur weiteren militärisch-zivilen Zusammenarbeit wurden Regionalkomitees geschaffen, deren Vertreter von Landesregierungen, Wehrbereichskommandos, Wehrbereichsverwaltungen, NATO-Kommandobehörden, Bundesbahndirektionen, Oberpostdirektionen, Landesarbeitsämtern sowie Grenzschutzkommandos angehören. Diese Regionalkomitees finden auf der kommunalen Ebene ihre Entsprechungen. Einer der Punkte, die als Themen für diese Arbeitsgruppen hervorgehoben werden, ist der Bereich Fernmeldewesen. (Nach Wehrtechnik 12/80).

Dies ist allerdings nur ein Punkt, der in den Technologieplänen der NATO eine bedeutende Rolle spielt. Grundsätzliche Ziele, wie 'Verbesserung der Zielerfassung und -verfolgung und der computerunterstützten Führung, sowie der umfangreichere Einsatz von zivilen Hilfsmitteln' (Wehrkunde 4/83) zeigen den Bedarf an Elektrotechnik und verbesserter Infrastruktur der NATO und die Wichtigkeit der militärisch-zivilen Zusammenarbeit auf dem Kommunikationssektor.

Fürsten

Innovation

Hungerstreik

Verleumdung

Überstunden

Liberales Heuchelei

Horst-Dieter Koch

Anläßlich ihres 10jährigen Bestehens hatte die RHD zu einer Jubiläums-Veranstaltung am 26. 1. 85 in Bielefeld eingeladen. Den folgenden Bericht stellte

uns der Bundesvorstand der RHD als Vorabdruck aus ihrer Mitglieder-Zeitung zur Verfügung. Wir veröffentlichen den Beitrag leicht gekürzt.

10 Jahre Rote Hilfe Deutschlands



Rede auf der Jubiläumsveranstaltung

Wenn man so ein Jubiläum feiert — 10 Jahre RHD — dann ist es wohl erlaubt, an den Anfang ein paar Zahlen und Tatsachen zu stellen, wegen denen es sich zu feiern lohnt. Schließlich sind die 10 Jahre nicht nur so verstrichen, sondern es war Arbeit darin, „mühevoller Kleinarbeit“, wie wir so sagen, manche Durststrecke, Zeiten, wo man keine Lust mehr hatte und dergleichen. Hat sich's gelohnt? — Ich denke, es hat sich gelohnt, und es gibt Tatsachen, die das belegen können.

Etwa 670 000 DM haben wir in den 10 Jahren zur Unterstützung politisch Verfolgter ausgezahlt. An Beiträgen und Spenden haben wir insgesamt 850 000 DM zusammengetragen.

Wieviele Menschen es waren, denen wir damit helfen konnten? Ich weiß es nicht. Vielleicht 500? Oder mehr? Auf

jeden Fall war es für jeden Einzelnen eine entscheidende Hilfe. Denn bekanntlich haben ja diejenigen, die hierzulande politisch verfolgt werden, nicht gerade das große Geld. Und wer dann auf einmal die vierstelligen Rechnungen kriegt, vom Gericht, vom Rechtsanwalt, dem kann schon ganz schön das Herz in die Hose rutschen, und er überlegt sich's womöglich das nächste Mal, ob er überhaupt wieder an der Demonstration teilnimmt, ob er seinen Mund aufmacht, was er schreiben kann usw. Und das ist ja auch der Sinn dieser Bestrafung in politischen Prozessen, daß er sich das überlegen soll. Und der Sinn der Roten Hilfe, der Solidarität überhaupt ist, daß er — oder sie — sich's wieder leistet, daß sie weiterkämpfen, weil sie wissen, daß sie mit den Folgen nicht allein gelassen werden. Dafür haben wir seit dem 26. Januar 1975 mit Sicherheit

viel geleistet. Mancher, dem wir halfen, wird das bestätigen können.

Natürlich waren wir nicht die einzigen, die in dieser Zeit Solidaritätsarbeit leisteten. Es gab zu jeder Zeit und gibt heute mehr als früher Solidaritätsinitiativen, Rechtshilfegruppen, Ermittlungsausschüsse usw., die diese Arbeit auch tun. Wir haben einmal geglaubt, wir wären — oder müßten es werden — **Die** Solidaritätsorganisation für Westdeutschland und Westberlin — oder auch für ganz Deutschland. Diesen Anspruch, diese Selbstherrlichkeit, haben wir im Laufe der Jahre abgelegt. Wie wir heute unseren Platz sehen, dazu später mehr.

Als vor 10 Jahren die Rote Hilfe Deutschlands gegründet wurde, war es für die Gründungsmitglieder keine Frage, ob es nötig sei, die Solidarität mit politisch Verfolgten **organisiert**, bundesweit koordiniert, anzupacken. Die Notwendigkeit lag für uns damals auf der Hand.

Rote Hilfe Gruppen entstanden ungefähr ab 1972, oder eher, damals hauptsächlich zur Unterstützung der Gefangenen aus der RAF. Damals wurden ja alle diese Instrumente geschaffen wie Isolationshaft, Tote Trakts, Zwangsernährung, Kontaktverbote usw. und dagegen versuchten die RH-Gruppen die Isolation der Gefangenen zu durchbrechen. Ab 1973 entstanden dann — hauptsächlich auf Initiative der damaligen KPD/ML — mehr und mehr auch RH-Gruppen, die schwerpunktmäßig praktisch auf anderen Gebieten arbeiteten, sich aber natürlich auch gegen Isolationshaft etc. wandten.

So entstand die Rote Hilfe in München aus der Notwendigkeit der Solidarität mit den angeklagten Demonstranten des „Roten Antikriegstags“ in München 1972, von denen Jahre später etwa ein Dutzend für 12 bis 18 Monate ins Gefängnis mußten. In Bonn und Dortmund waren im Frühjahr 1973 große Demonstrationen gegen den Besuch von Thieu bzw. Breschnew, wobei jedesmal nach Auseinandersetzungen mit der Polizei Hunderte festgenommen wurden und im Falle des Thieu-Besuches auch einige Prozesse stattfanden. Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, z.B. bei Ford in Köln fanden statt und zogen Landfriedensbruchprozesse nach sich. Und nicht zuletzt begannen die ersten Prozesse aufgrund des § 90a (Verunglimpfung des Staates), so gegen Osswald und Schulte, gegen Uli Kranzusch und andere.

Aufgrund dieser Ereignisse also entstanden die RH-Gruppen, und von Anfang an gab es eine Zusammenarbeit. Gemeinsam wurde die Zeitung „Rote Hilfe“ herausgegeben, wobei die Redaktion reihum bei den verschiedenen Gruppen lag. Allerdings gab es auch große Meinungsverschiedenheiten. Diese spitzten sich zu, als ein Teil der RH-Gruppen nicht mehr bereit war, zwischen politischen und anderen Gefangenen zu unterscheiden und die Lösung „Freiheit für alle Gefangenen“ durchzusetzen versuchte. Ostern 1974 kam es schließlich zum Bruch. Um einem drohenden Ausschuß zuvorzukommen, verließ ein Teil der RH-Gruppen eine gemeinsame Konferenz und schloß sich unter einer provisorischen Lei-

tung zusammen, um die Gründung der RHD vorzubereiten. Die Zeitung „rote hilfe“ wurde nun von diesen Gruppen herausgegeben. Schon vorher hatte sich unabhängig von allen anderen eine bundesweite Rote Hilfe gegründet, die sich an die KPD/Rote Fahne anlehnte und sich nach einigen Jahren wieder auflöste.

Nur kurz anmerken möchte ich, daß damals, in den Monaten bis zu Gründung der RHD, die Auseinandersetzung mit abweichenden Meinungen anderer Rote-Hilfe-Gruppen sehr scharf und auch unsolidarische Formen annahm und von uns z. T. um Fragen geführt wurde, die mit Solidaritätsarbeit eigentlich nichts zu tun hatten.

Am 26. Januar 1975 war es dann so weit. Der Gründungskongress verabschiedete das Programm und Statut der RHD und verkündete die Wiedergründung der Rote Hilfe Deutschlands.

Wiedergründung, denn wir verstanden uns und verstehen uns auch heute noch — wenn auch vielleicht auf andere Weise — als in der Tradition der 1924 gegründeten RHD stehend.

Ich hatte am Anfang die Zahl von 850 000 DM Einnahmen genannt. Tatsache ist, daß 2/3 dieser Summe in den ersten vier Jahren unseres Bestehens, nämlich bis Ende 1978 aufgebracht wurden. Die neu gegründete Rote Hilfe war damals ungeheuer aktiv und ihre Mitglieder brachten viel Zeit und auch Geld weit über ihren Mitgliedsbeitrag hinaus auf. Aber die Notwendigkeit stach ja auch ins Auge. Damals rollte die Lawine der Routhier-Prozesse und der § 90a-Prozesse wegen Verunglimpfung des Staates bzw. Beleidigung der Polizei. Allein wegen Veröffentlichungen zum Thema Verantwortung der Polizei für den Tod des Duisburger Arbeiters Günther Routhier liefen über 140 Strafverfahren. Neunmal wurde Gefängnis verhängt, über 140 000 DM Geldstrafen sind der RHD bekannt geworden, zuzüglich Anwaltskosten von gut 200 000 DM. Aber die Routhier-Prozesse waren ja auch nur ein Teil der Lawine. Allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1976 wurden über 200 000 DM Geldstrafen und 27 Jahre Gefängnis verhängt — hauptsächlich gegen Mitglieder und Anhänger der RAF einerseits und verschiedener kommunistischer Gruppen andererseits. Letztere hauptsächlich wegen ihrer Propagandatätigkeit, aber auch wegen der schon erwähnten Demonstrationen. Ab 1976 kamen dann die großen Demonstrationen gegen die Atomkraftwerke hinzu.

Worin bestand nun die Arbeit der RHD in diesen Jahren? Wir verstanden uns damals als „proletarische Kampforganisation gegen politische Verfolgung“. Unser Programm und „Statut“ enthielten Festschreibungen, die mit einer überparteilichen Solidaritätsorganisation eigentlich nicht vereinbar waren, bis hin zum Kampf gegen „Revisionismus und Opportunismus“. Aber in der praktischen Arbeit spielten diese ideologischen Abgrenzungen damals, nach der Gründung der RHD, keine große Rolle mehr, und wir bemühten uns, Hilfe überparteilich zu gewähren. Die RH-Gruppen organi-

sierten Straßensammlungen, Flohmärkte, Basare, Solidaritätsfeste und anderes, um Geld zusammenzubringen. Angeklagte erhielten Ratschläge für das Verhalten vor Polizei und Gericht, die wir auch in unserer Zeitung und einer Broschüre veröffentlichten. Politische Gefangene wurden, so gut es ging, auf ihre Haftzeit vorbereitet und während der Haft betreut. Sanitätstrupps der RHD begleiteten in einigen Fällen Demonstrationen, leisteten Erste Hilfe und halfen auch für spätere Prozesse bei Ermittlungstätigkeit. Die zentrale Leitung der RHD gab damals verschiedene Broschüren heraus über neue Gesetze. Außerdem wurden Materialien wie Bildpostkarten, Kalender u. a. herausgebracht, um durch den Verkauf zusätzlich Geld für den Hilfsfonds zu bekommen — was allerdings nicht immer so glückte.

Die Jahre 1978 bis 1980 brachten eine Umorientierung der Roten Hilfe Deutschlands. Zwei Faktoren spielten dabei eine Rolle. Zum einen verlagerte ein großer Teil der bis dahin sehr aktiv in der RH arbeitenden Kommunisten ihre Aktivität auf andere Gebiete und blieben „nur“ noch als zahlende Mitglieder. So waren wir heilsamerweise gezwungen, uns zu überlegen, wie wir unsere Basis verbreitern könnten, neue Leute ansprechen, um gleichwohl die nach wir vor großen Aufgaben zu erfüllen. Zum anderen zeigte sich auch spätestens bei den großen Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung (Brokdorf, Grohnde), daß uns die Verbindung zu den in dieser aufkommenden „alternativen Bewegung“ Aktiven, folglich auch zu den deshalb politisch Verfolgten fehlte.

Schon Anfang 1978 wurden Programm und Statut unserer Gründerzeit verworfen und völlig neu gefaßt. 1980 verabschiedete die III. Zentrale Delegiertenkonferenz dann unsere heutige Satzung und die kurzen Leitsätze, auf deren Grundlage wir seither arbeiten. Natürlich waren dadurch aber die Probleme noch nicht gelöst.

In den folgenden Jahren waren die Anstrengungen vieler Ortsgruppen darauf gerichtet, einerseits ihre Mitglieder, gerade auch die nicht so aktiven, durch regelmäßige Betreuung bei der Stange zu halten, sie in die Arbeit mit einzubeziehen und auch aus dem Umkreis dieses Mitglieder-Stamms immer wieder einzelne neue hinzuzugewinnen. Zusammen mit den ständig laufenden Aktionen zur Geldbeschaffung war dies die Kleinarbeit, die, meist wenig spektakulär und daher auch zu wenig gewürdigt, die aktiven Roten Helfer Jahr um Jahr getan haben. Dieser Arbeit ist es zu verdanken, daß wir zu jeder Zeit, auch in den schwierigen letzten Jahren, als die Ausgaben für die Strauß-Prozesse unsere Finanzreserven auffraßen, alle Hilfesuchen, die an uns herangetragen wurden, auch erfüllen konnten, daß wir niemanden — in dem Spektrum, in dem sich unsere Arbeit bewegt — leer ausgehen lassen mußten. Natürlich waren die Grundlage dafür auch und in erster Linie die regelmäßig eingehenden Beiträge aller Mitglieder.

Darüber hinaus gingen die Bemühungen der aktivsten Ortsgruppen und auch des Zentralvorstandes spätestens

seit 1980 immer wieder dahin, Verbindungen zu knüpfen zu Kreisen, zu denen wir bis dahin wenig Kontakt hatten, zu Initiativen, zu Kernkraftgegnern und deren Ermittlungsausschüssen, zu Solidaritätskomitees verschiedenen Inhalts. Als Beispiel seien die KOMM-Prozesse genannt, wo wir, v. a. in Hamburg, über 1 500,— DM für die Betroffenen gesammelt haben. Allerdings haben sich auch aus diesen Bemühungen — jedenfalls bundesweit — keine tragfähigen Verbindungen herstellen lassen, Kontakte blieben punktuell und zeitweilig.

Heute bietet die RHD ein ziemlich anderes Bild als in den ersten Jahren nach ihrer Gründung. Heute prägen bundesweit nicht mehr die Ortsgruppen und die in ihnen aktiven Mitglieder das Bild unserer Organisation, sondern die Einzelmilitglieder, die durch ihre Beitragszahlung direkt an den Bundesvorstand den Solidaritätsfonds gefüllt halten. Es sind überwiegend — aber nicht nur — Menschen, die organisierte politische Arbeit auf verschiedenen Gebieten machen, darunter noch immer viele Kommunisten. Darüber hinaus gibt es einige wenige Ortsgruppen, in denen die Mitglieder noch direkten Kontakt untereinander haben und zwei sehr aktive Ortsgruppen, hier in Bielefeld und in Kiel.

Die gleich anschließende Diskussion steht unter der Leitfrage „Ist organisierte Solidarität mit politisch Verfolgten heute noch notwendig?“ Aus der Erfahrung der Arbeit unserer Organisation kann ich diese Frage nach wie vor nur bejahen. Es hat sich als das große Plus unserer RHD gezeigt, daß wir diese jahrelange, kontinuierliche Arbeit machen. Weil nämlich politische Verfolgung oft noch Jahre nach den Kämpfen, um die es einmal ging, stattfindet, Prozesse ziehen sich hin, Ratenzahlungen. So haben wir jetzt, im Dezember 1984, erst die letzte Rate an Unterstützung für den letzten von denen gezahlt, die nach dem Tod von Günther Routhier im Juni 1974, also vor gut 10 Jahren, angeklagt wurden. Ohne die Notwendigkeit zeitlich und örtlich begrenzter Solidaritätskomitees verleugnen zu wollen — mit solcher Aufgabe wären sie überfordert. Kein solches Komitee kann nach zehn, oder auch nur fünf Jahren noch helfen. Und was ist mit denen, die als einzelne vor Gericht gestellt werden, deren Fall nicht so spektakulär ist, daß sich ein Komitee darum bildet?

Deshalb halten wir, neben den spontan von Fall zu Fall sich bildenden Solidaritätsgruppen auch unsere Arbeit nach wie vor für notwendig. Notwendig als ständige, verlässlichen Hilfsfonds, aus dem unkompliziert dem einzelnen geholfen werden kann. Notwendig ist unserer Meinung nach aber auch eine bessere Verbindung und Kontakt zwischen all denen, die Solidaritätsarbeit leisten. Wo es machbar ist und nötig, sollte die Solidarität gemeinsam organisiert werden. Wir sollten versuchen, gegenseitige Vorbehalte oder gar Konkurrenzgedanken zu überwinden. Wenigstens auf dem Gebiet der Solidarität sollte „uns Linken“ Gemeinsamkeit gelingen, wenigstens da sollten wir nicht nach politischen Richtungen sortieren. Denn Solidarität ist unteilbar.

Veranstaltung „10 Jahre Rote Hilfe Deutschlands“

10 Jahre RHD — unsere Jubiläumsveranstaltung in Bielefeld ist eine runde, gute Sache geworden. 60 Besucher übertrafen noch unsere — vorsichtshalber bescheidenen Erwartungen. Besonders erfreulich: Mehrere Bielefelder Gruppen, die sich wie wir mit der Unterstützung politisch Verfolgter und mit Rechtshilfe befassen, waren vertreten, nämlich: die Bielefelder Rechtshilfe, die sich z. Z. hauptsächlich mit den Prozessen nach Fulda Gap beschäftigt, eine Gruppe zur Unterstützung von Asylanten, amnesty international, das Unabhängige Friedensforum, die Initiative gegen Isolationshaft und Hochsicherheitstrakt.

Der Veranstaltungsraum empfing den Besucher — nachdem er sich an der Kuchentheke stärken konnte — ganz „historisch“. Eine kleine Ausstellung mit Wandtafeln gab eine Überblick über Entwicklung und Tätigkeit der RHD in den 10 Jahren.

Der „offizielle“ Teil der Veranstaltung begann mit der Begrüßung und der Verlesung eines Dokuments der „alten“ RHD von 1924 durch Egon Dirks. Es folgte die Jubiläumsrede, gehalten von Almuth Euler. Sie ging hauptsächlich auf die Entwicklung der RHD ein und unterzog sie einer kritischen Würdigung. Zum Schluß erläuterte sie unser Beharren auf der Notwendigkeit, Solidarität **organisiert** zu üben und gleichzeitig unseren Wunsch, mit allen zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen, die gleich uns politisch Verfolgten Hilfe leisten. (Auszüge aus dieser Rede sind unten abgedruckt).

Diese Schlußfolgerungen wurden letztlich bekräftigt durch den dann folgenden Vortrag von Rechtsanwalt Uli Kraft aus Bielefeld. Er ging zunächst auf einige Entwicklungslinien der politischen Justiz und des politischen Strafrechts ein, seit der Weimarer Zeit und ab 1945. Im Schlußteil seines sehr interessanten Referates sprach er dann über seine Erfahrungen als Anwalt u. a. auch von angeklagten Mitgliedern der Friedensbewegung, von den Prozessen nach Blockaden in Mutlangen, Fulda Gap u. a.

Leider war nach all diesen

Ausführungen und einer notwendigen Pause die Zeit für die vorgesehene Diskussion mit Vertretern der anwesenden Rechtshilfe-Gruppen zu kurz, ein Teil von ihnen mußte schon gehen, bevor sie dazu kamen, sich vorzustellen. Diejenigen, die hatten bleiben können, äußerten sich positiv zu einer Zusammenarbeit und zeigten sich „angenehm überrascht“ von den durch die Veranstaltung zutage tretenden Berührungspunkten zwischen ihrer und unserer Arbeit.

Nach dem Abendessen ging es dann — bei stark dezimierter Teilnehmerzahl — weiter mit der Vorführung eines Filmes aus der Zeit der Gründung und der großen Aktivität der RHD: „Ein deutscher Paß für Sacha“. Und dann, ja dann bemühten sich „Hermann“ und seine Mitspieler, den noch anwesenden harten Kern auf die Tanzfläche zu bekommen. Nach einigen Versuchen — doch, es wurden auch Tanzende gesichtet — gab er es aber auf. Die allgemeine Meinung war wohl nicht danach, „Klonschnack“ war mehr gefragt.

Im Ganzen genommen und trotz der zu kurz gekommenen Diskussion, war die Veranstaltung gelungen und auch ein Schritt voran. Sie bewirkte einen „Motivationsschub“ bei einigen Teilnehmern, sich für die Rote-Hilfe-Arbeit zu engagieren (eine Neuaufnahme bewirkte sie übrigens auch). Sie hinterließ einen positiven Eindruck bei einigen, die gekommen waren, um die RHD näher kennenzulernen und sie hat mit Sicherheit zumindest in Bielefeld die Voraussetzung zur Zusammenarbeit mit anderen Gruppen verbessert. Nicht zuletzt brachte eine Sammlung für die Gap-Prozesse einiges Geld ein, Kuchenverkauf und die 30 Prozent der Einnahmen, fürs Abendessen, die das „Internationale Begegnungszentrum“ der RHD zur Verfügung stellte, ergaben weitere Spenden. In der Pause wurden gruppenweise Karten an den inhaftierten Totalverweigerer Bernhard Sprengel geschrieben.

Zum Schluß geht nach allem noch einmal unser herzliches Dankeschön an die Bielefelder Freunde, die diese Veranstaltung ausgerichtet haben.

Wieder in Lateinamerika:

Der Papst warnt vor der sozialen Befreiung

Massenverhaftungen und Razzien in Peru

Das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Johannes Paul II., besucht zum wiederholten Male lateinamerikanische Länder. Nach Besuchen in Venezuela und Ecuador fliegt er bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe unserer Zeitung nach Peru. Bestimmendes Moment all seiner Reden war die Warnung vor „Ideologien, die im Widerspruch zur Kirchenlehre stehen“. Er meinte hiermit vor allem die „Theologie der Befreiung“, die zum Kampf gegen die gesellschaftlichen Ursachen von Massenelend in Lateinamerika aufruft.

Nur zwei Tage vor dem Beginn seiner Reise nach Lateinamerika hat der Papst die Einberufung einer Sondersynode aller Bischöfe nach Rom für den Herbst dieses Jahres bekanntgegeben. Es soll eine Bilanz der Kirchenkrise seit dem letzten Konzil von Rom gezogen werden. Offensichtlich reichen die Verfahren des Chefs der Glaubenskongregation, des Bischofs Ratzinger, der als Inquisitor schon verschiedene progressive Theologen angeklagt hat, nicht aus, um die Angehörigen des Klerus, vor allem in Lateinamerika, auf richtigem, römisch-reaktionärem Kurs zu halten.

Ebenfalls mit dem Start der Papst-Reise sind vier nicaraguanischen katholischen Priestern Ultimaten zugeworfen, in denen Rom fordert, daß sie sofort ihre Regierungsämter aufgeben sollen oder aber binnen zwei Wochen ihr Priesteramt abkannt bekommen. Im einzelnen betrifft das den nicaraguanischen Außenminister Miguel d'Escoto, den Kultusminister Ernesto Cardenal, dessen Bruder und Erziehungsminister Fernando Cardenal, sowie den Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Edgar Parrales. Alle haben inzwischen erklärt, daß sie ihre Regierungsämter behalten wollen.

Der Papst fordert unterdessen bei seinen Predigten zur „Verwerfung von Ideologien auf, die der Kirchenlehre wider-



Von Sicherheitskräften abgeschmiert, der Papst in Peru in schußsicherer Glaskanzel.

sprechen“. Selten wird er ganz deutlich, aber es wird klar, was er meint: „Doktrinaire und politische Abweichungen“ von der Kirchenlehre dürfe man nicht verallgemeinern, die christliche Verkündigung dürfe man nicht „in den Dienst politisch-ideologischer Strategien“ und einer „illusorischen irdischen Befreiung“ stellen. Bei diesem Gezeter gegen die „illusorische irdische Befreiung“ beharrt der Oberprediger natürlich immer wieder auf den reaktionären Dogmen der römischen Heilslehre, dem Verbot der Empfängnisverhütung, der Abtreibung, der Ehescheidung und anderem.

Diese Reise des Papstes, auch die anderen Initiativen des Vatikans, machen deutlich, daß

es einen scharfen Kampf gibt. Zwischen den Teilen der katholischen Kirche, die sich mehr den Menschen in Lateinamerika als den Prinzipien Roms verpflichtet fühlen und den Vertretern des Katholizismus, die in Lateinamerika immer schon ihre Macht zu sichern suchten, die bislang noch jede Staatsgewalt unterstützten, den spanischen Kolonisatoren bis hin zu den letzten Diktaturen treu gedient haben.

Der Papst bekommt es zu spüren. So triumphal wie früher sind seine Besuche nicht mehr, wenn man natürlich auch weiterhin mit dem großen Masseneinfluß des Katholizismus rechnen muß. Aber gerade der Besuch in Peru zeigt, welche Probleme die Herrschenden haben,

dem Papst ausschließlich freudig erröte, begeisterte Katholiken vorzuführen.

In Peru, wo schon seit über einem Jahr der Ausnahmezustand gilt, wo Polizei, Militär und Geheimdienste wegen der „Antiterrorgesetzte“ freie Hand für Verhaftungen und Folterungen haben, fanden in Vorbereitung des Papst-Besuches große Polizeiaktionen statt.

In der Hauptstadt wurden bei einer Razzia über 2600 Menschen festgenommen, um nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Lima vor der Ankunft des Papstes von „üblen Elementen zu säubern“. Nach Angaben der Polizei hätten diese Personen „die Sicherheit des Papstes gefährden können“. In verschiedenen Vierteln Limas und im Hafen Callo seien 2000 Männer in flagranti bei „verdächtigen Handlungen“ ertappt worden. Ferner seien 500 mutmaßliche Prostituierte und 100 Jugendliche festgenommen worden. Im Zentrum des aufständischen Gebietes von Peru, in der Stadt Ayacucho unterbrachen Guerillas durch Sprengungen vorübergehend die Stromversorgung. An sechs Stellen in der Stadt detonierten Sprengkörper.

In Ayacucho wie in den anderen peruanischen Städten sprach der Papst von großem Polizei- und Militäraufgebot geschützt. Der Hauptton seiner Predigten: die Unterdrückten sollen Frieden mit den Unterdrückern schließen. Ein Zitat: „*Folgt nicht denen, die behaupten, soziale Ungerechtigkeit könne nur durch Klassenhaß oder Zuflucht zu Gewalt und andere unchristliche Mittel beseitigt werden.*“

senschaftler. Viele der Hochoertragsarten, die gezüchtet wurden, zeigten sich auf einmal gar nicht als so „resistent“, so widerstandsfähig wie angenommen. Neue Schädlinge und Krankheiten führten in einigen Ländern zu katastrophalen Missernten. Und auch soetwas passierte: eine hochoertragsreiche Reissorte, die man in Pakistan anpflanzte, hatte kürzere Halme als die traditionellen Reissorten. Ein relativ kleines Hochwasser vernichtete 1973 und 1974 80 Prozent der Ernte der bengalischen Bauern — die alten Reissorten hätten das Hochwasser überstanden.

Nicht zuletzt hat die Mechanisierung der Landwirtschaft — genauer gesagt die Mechanisierung zur Erhöhung der Getreideproduktion im Sinne der Grünen Revolution — auch ihre Folgen gehabt. Eine Studie der Weltbank schätzt, daß für jeden in Pakistan verkauften Traktor 7,5 bis 11,8 Vollzeitarbeitsplätze verloren gehen. Die durchschnittliche Betriebsgrößen steigen dabei innerhalb dreier Jahre um 240 Prozent. Diese Form der landwirtschaftlichen Entwicklung hat zur zunehmenden Verstärkung dieser Länder geführt — die Armen wurden von ihren Feldern getrieben und zur Abwanderung in die Ballungsgebiete gezwungen, wo sie nicht wissen, wovon sie sich die Getreideprodukte kaufen sollen, die auf ihren ehemals eigenen Feldern angebaut werden.

Die Landwirtschaft der betroffenen Länder aber ist in fast totaler Abhängigkeit geraten. Das Saatgut für die traditionellen Ernährungsträger gibt es nicht mehr, die gesamte Nahrungsmittelproduktion wird von internationalen Multis kontrolliert. Vom Saatgut über Anlagen und Maschinen, von Düngemitteln bis zu den Handelsverbindungen und der Weiterverarbeitung unterliegt alles der Kontrolle großer westlicher Konzerne. Und dient ihren Interessen: der Profitmacherei — und sei es auf Kosten der Ernährung von Millionen Menschen.

Südafrika/Azanla

Scheinreformen angekündigt

Ende Januar wurde in Pretoria das südafrikanische Drei-Klassen-Parlament eröffnet. Dieses Parlament, das weiterhin zwanzig Millionen Menschen — die schwarzen Einwohner Südafrikas nämlich — von jeglicher parlamentarischer Vertretung ausschließt, beläßt jegliche wirkliche Staatsmacht bei den herrschenden weißen Rassisten.

Der Premierminister dieses Regimes, P. W. Botha, nutzte die Eröffnung des Parlaments zu einer Rede mit großartigen Reformversprechungen. Diese haben ein vielfältiges Echo in der westlich-bürgerlichen Presse erhalten. Von „neuer Hoffnung“ und „Optimismus“ für die Entwicklung des Landes kann man lesen. Hört man genauer hin, sieht die Sache aber etwas anders aus. Botha kündigte in seiner Rede die Notwendigkeit solcher Reformen an, wie der des Bodeneigentums, der Humanisierung der Paßgesetzgebung sowie eine äußerst vage Art von politischer Mitbestimmung für die permanent in den Städten lebende schwarze Bevölkerung.

Derartige Reformversprechen sind nicht neu. Alle Jahre wieder kommen sie auf die Tagesordnung. Und bei genauerem Hinsehen verhält es sich damit folgendermaßen: alle diese Reformen befassen sich mit dem Wohn- und Arbeitsrecht der schwarzen Bevölkerung in den „weißen“ Gebieten oder Städten. Die wichtigsten Punkte sind der freie Zugang zum Arbeitsmarkt, das Recht auf Bodenerwerb, Möglichkeiten einer Kreditbeschaffung und die Bildung von schwarzen Gewerkschaften. Der Trick und der Nutzen für die Rassisten bei diesen angekündigten Reformen liegt darin, daß diese Rechte nur denen zugestanden werden brauchen, die eine ständige Wohngenehmigung in der Stadt haben. Das trifft also nicht auf die Hunderttausenden Wanderarbeiter zu, schon gar nicht auf die Millionen anderer Schwarzer in ganz Südafrika. Eher führt es zur Spaltung, verhindert zumindest eine für die Rassisten gefährliche Solidarisierung zwischen den armen „draußen“ in den schwarzen

Siedlungen und den Homelands und den „privilegierten“ Städten. Daß außerdem die von der Regierung zugelassenen Gewerkschaften unter direkter Staatskontrolle arbeiten müssen, spricht auch nicht gerade für die Ernsthaftigkeit der „Reformen“ des P. W. Botha. Nicht zuletzt der gerade anlaufende Prozeß gegen schwarze Gewerkschaftsführer in Südafrika zeigt, wie die Regierung auf selbständigen politischen Kampf von Schwarzen antwortet: langjährige Haftstrafen drohen.

Weitere Reformpläne der Regierung beinhalten die Schaffung schwarzer Stadträte für die schwarze Bevölkerung. Sie sollen es sein, die unpopuläre Maßnahmen wie Mietpreis- und Fahrpreiserhöhungen durchsetzen sollen. In vielen Fällen hat sich der schwarze Unmut der Bevölkerung schon gegen diese Stadträte entladen — die Rassisten können sich ins Fäustchen lachen. Konsequenterweise gehen die Planungen jetzt zur Stationierung von schwarzen Polizeieinheiten in den „Problemregionen“ weiter. Die Reformpläne sind nichts als leere Versprechungen, die allerhöchstens die Spaltung der schwarzen Bevölkerung herbeiführen und vertiefen soll.

Die wahre Politik der Regierung von Pretoria wird an einigen Zahlen deutlich. Der Minister für „Recht und Ordnung“ verkündete vor dem neuen Parlament, daß bei Unruhen in den Siedlungen für schwarze Südafrikaner in den vergangenen Monaten 137 Menschen ums Leben gekommen seien. 96 davon seien durch die Polizei getötet worden, die außerdem noch 4500 Menschen bei verschiedenen Aktionen zur „Unterdrückung von Unruhen“ festgenommen habe.

Stichwort: Hunger

Die Grüne Revolution

Unter dem Stichwort *Grüne Revolution* liefen die meisten und folgenschwersten „Entwicklungshilfeprojekte“ der vergangenen zwei Jahrzehnte. Ausgehend von der These, man müsse nur mehr, schneller und besser Nahrungsmittel in den Entwicklungsländern produzieren, wurden ganze Landstriche verändert, Gesellschaftsstrukturen, Produktionsweisen den Bedürfnissen der „Grünen Revolution“ angepaßt — der Erfolg blieb allerdings aus. Einer der theoretischen Vertreter der Politik der *Grünen Revolution*, Norman Borlaug, erhielt noch 1970 den Nobelpreis. Das Preiskomitee erklärte damals, nunmehr brauche sich die Welt über die wirtschaftliche Zukunft der Entwicklungsländer keine Sorgen mehr zu machen. Ein offensichtlicher Irrtum, wie die großen Hungersnöte zeigen.

Die Ausgangsthese vieler westlicher Regierungen, Stiftungen und Wissenschaftler, die Entwicklungsländer müßten lediglich die in den entwickelten Ländern üblichen Anbaumethoden übernehmen, um sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen war nicht nur ein naiver Irrtum. Die Politik der *Grünen Revolution* war ein wirtschaftspolitischer Feldzug einflußreicher Monopole. Es begann mit dem Weg us-amerikanischer Saatgutfirmen nach Mexiko, wo sie von dem dort vorhandenen niedrigen Lohnniveau profitierten. Auch die große Überschußproduktion der Düngemittelindustrie war eine Triebfeder des Programms der *Grünen Revolution*. Kein Wunder,

daß große Düngemittelfabrikanten die Stiftungen, die die *Grüne Revolution* propagierten und durchsetzten, lange Zeit aktiv unterstützten. Diese Stiftungen sind vor allem von großen amerikanischen Finanzkreisen eingerichtet. An der größten Mais- und Weizenforschungsanstalt CIMMYT — einer Rockefeller-Gründung sind auch der Ford-Clan und die Kellogg-Foundation beteiligt. Diese Organisationen haben mit massiver Regierungsunterstützung, später sogar mit UN-Unterstützung bestimmte Getreidesorten (High Yielding Varieties, HYV, Hochoertragsorten) gezüchtet und deren Anbau in vielen Ländern durchgesetzt.

Für diese Durchsetzung mußten natürlich bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden, diese Durchsetzung hatte Folgen. Arthur Moser, Präsident des von John D. Rockefeller gegründeten Agricultural Development Council argumentierte zu Beginn der *Grünen Revolution*, daß die kooperative Sozialstruktur, die in vielen agrarischen Gesellschaften der dritten Welt zu beobachten sei, zu Gunsten einer „aggressiven Marktorientierung“ abgebaut werden müsse. Im folgenden einige Anmerkungen zu den Ergebnissen der Anpassung der Struktur an die marktwirtschaftlichen Ziele der *Grünen Revolution*.

Selbst die Wissenschaftler des CIMMYT geben offen zu, daß ein Großteil der Ertragssteigerung im Rahmen der *Grünen Revolution* eine Folge des massiven Düngereinsatzes ist. So sind zum Beispiel zwischen 35- und 42 Millionen Tonnen der asiatischen Reisernte direkt vom Erdöl der arabischen Halbinsel abhängig. Was dann Preisschwankungen für Erdöl und die chemischen Nachfolgeprodukte für die Ernährung bedeuten, kann sich jeder ausrechnen. Allein Indien mußte schon 1967 20 Prozent seiner Exporteinnahmen für Düngemittelimporte ausgeben. Die Erdölkrise 1974 führte zu einer Düngemittelknappheit, die eine Einbuße von

15 Millionen Tonnen Getreide bedeutete, genug für die Ernährung von 90 Millionen Menschen. Mit dieser Entwicklung war noch eine Art von Abhängigkeit entstanden. Die Länder, in denen die *Grüne Revolution* durchgeführt wurde, wurden immer mehr von westlicher Technik abhängig. Die US-amerikanische Zeitung „*News and World Report*“ freute sich: „Eine der bedeutendsten Veränderungen war die Steigerung der Nachfrage nach amerikanischen Maschinen, Düngern, Pestiziden, Bewässerungspumpen und anderem landwirtschaftlichen Gerät.“

Für die Geschäfte der Multis war die *Grüne Revolution* also lohnend. Eine der schlimmsten Folgen für die betroffene Bevölkerung war jedoch der erzwungene Verzicht auf traditionelle Anbaumethoden und auf traditionelle Produkte. Bei der wissenschaftlich vorbereiteten, mit modernsten Techniken und chemischer Unterstützung durchgeführten Großproduktion von Hochoertragsgetreidesorten blieb viel auf der Strecke, was für die eigene Ernährung der Bevölkerung wichtig war. So wurde von den Bauern immer weniger Gemüse angebaut, der Eigenanbau von Gemüse aber war gerade für die Landbevölkerung immer von großer wirtschaftlicher und ernährungsphysiologischer Bedeutung.

Gerade Hülsenfrüchte z. B. enthalten wertvolles Protein, pflanzliches Eiweiß. Einige Sorten bis zu 30 Prozent, Weizen dagegen maximal 7 bis 14 Prozent. Aber der von den Multis und ihren Organisationen diktierte Weizenanbau dehnte sich immer mehr aus. Ein amerikanischer Experte dazu: Die Ausdehnung der Weizenanbaufläche hat ihren Grund „nicht in ernährungsphysiologischen Überlegungen hinsichtlich der Versorgung mit pflanzlichem Eiweiß — Kichererbsen brachten weniger Profit!“

Nicht vergessen werden dürfen bei der Betrachtung der *Grünen Revolution* die Fehlleistungen der Wis-

Am 1. Februar trat Christian Beyers Naudé die Nachfolge des Bischofs Desmond Tutu als Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) in Johannesburg an. Der Nachfolger des Friedensnobelpreisträgers ging Ende Januar in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) mit dem südafrikanischen Regime hart ins Gericht. Er verglich es mit dem Nazi-Regime. Wir veröffentlichen einen kurzen Auszug:

Wie in Nazi-Deutschland

epd: Sie haben mehrfach Parallelen gezogen zwischen dem Widerstand von Christen im Dritten Reich und dem Widerstand gegen die Apartheid in Südafrika. Kann man wirklich guten Gewissens Nazi-Deutschland und die physische Vernichtung der Juden mit der Situation Südafrikas vergleichen?

Naudé: Bischof Tutu hat bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt, es gibt ernsthafte und bedrohende Parallelen zwischen der Lage von Nazi-Deutschland und von Südafrika. Erstens: Rasse und Hautfarbe von jemandem wird als Maßstab genommen für menschliche Anerkennung oder Nichtanerkennung, für Recht und Rechtlosigkeit. Zweitens: Es bestehen Gesetze, nach denen Leute allein aufgrund ihrer Hautfarbe viel weniger

Rechte haben als andere, die Weißen. Drittens: Ob schon man nicht sagen kann, daß da ein Völkermord geschieht, wie zum Beispiel in Nazi-Deutschland, muß man doch auf die Zwangsumsiedlungen hinweisen, wo Tausende, Millionen von Schwarzen rein gezwungen werden in Gegenden, in denen sie keine Möglichkeit haben, wo sie verhungern und die Kinder sterben. Das ist eine Art von Ungerechtigkeit und von Unterdrückung, was auch wieder eine Parallele andeutet zu dem, was in Nazi-Deutschland geschehen ist. Ich weiß, daß die Weißen in Südafrika und die Regierung wütend werden, wenn man sagt, daß es Parallelen gibt. Aber historisch, tatsächlich und gesetzlich ist es unglücklicherweise wahr.

Der enge Horizont von „horizont“

In der Zeitung für internationale Politik „horizont“ aus der DDR steht in der Ausgabe 1/1985 auf Seite 10 und 11 ein langer Artikel eines Dr. sc. Norbert Madloch. Titel des Artikels „Wandel und Kontinuität im Linksradikalismus der achtziger Jahre“. Es geht dabei um die Bewertung nichtrevisionistischer linker Gruppen

in den westlichen Ländern. Nach einer erstaunlich „freundlichen“ Aussage zu Beginn des Artikels, der wirklich neue Töne anschlägt (Zitat: Linksradikale Kräfte beteiligen sich heute vielfach am Kampf zur Verhinderung eines atomaren Weltkrieges, wenden sich aktiv gegen das Wiedererstarken neofaschistischer Organisationen in ihren Ländern und sind bestrebt, stärker in die sozialen Auseinandersetzungen in den kapitalistischen Staaten einzugreifen.) werden dann die bekannten Argumente und Verleumdungen gegen alle Linken gebracht, die vor allem dem „real existierenden Sozialismus“ kritisch gegen-

überstehen und die Sowjetunion nicht als große Friedensmacht anerkennen. Zur Kritik „ultralinker Auffassungen“, wie es immer in der DDR-Terminologie heißt, greift „horizont“ zur Friedensfrage auf den „Roten Morgen“ zurück. Im folgenden zitieren wir den Abschnitt im Wortlaut.

„atomwaffenfreien Betrieben“ und Mahnminuten gar nicht erst abgeben will, wird nie zum Generalstreik kommen.

Zu heftigen Debatten kam es vor allem auch in dem Bereich der Friedensbewegung, in dem vorrangig Linksradikale mitwirken, als unter ihnen Leute mit der Meinung auftraten, die Friedensbewegung sei durch ihre neue soziale, politische und weltanschauliche Breite „zahnlos geworden“, und erklärten: „Jetzt muß Schluß sein mit ‚Masse‘ und ‚Breite‘, jetzt ist Radikalität angesagt“ („Roter Morgen“, Dortmund, 18. November 1983). Rechte Medien griffen solche Forderungen schnell auf, um das Bild der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit zu verzerren und ihrer Spaltung das Wort zu reden. Vertreter solcher „Radikalismus“-Auffassungen hielt der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, auf dem VII. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei im Januar 1984 entgegen: „Wer Radikalität als das Übel-an-der-Wurzel-Anpacken versteht, der sollte auch sehen, daß das Übel Atomkriegsgefahr nur mit Hilfe der breiten Volksmassen beseitigt werden kann. Die radikalste Bewegung ist immer noch die, die die Massen ergreift. Verbreiterung und Radikalität stehen nicht gegeneinander.“

Nicht, daß es uns nicht gefiele, von DDR-Kommentatoren „in die linke Ecke“ ge-

stellt zu werden. Aber die folgende Klarstellung ist einfach deswegen nötig, weil „horizont“ so zitiert, daß der Leser denken muß, es handle sich um eine Position des „Roten Morgen“. In dem erwähnten Artikel kritisiert der Rote Morgen die zitierte Passage, die ihm als eigene Position untergeschoben wird, und zwar genau deswegen, weil sie es den Revisionisten in der Friedensbewegung leicht macht, ihre Position zu verstärken. Im folgenden nun das komplette Zitat aus dem „Roten Morgen“:

Es ist doch so, daß ein großer Teil der Friedensbewegung, der Grünen und der „Autonomen“ diesen Bereich weitgehend der DKP überläßt. Die schlichte Argumentation: „Die Friedensbewegung hat jetzt vier Jahre lang auf Masse, auf Verbreiterung gesetzt; wir sind vier Jahre lang immer mehr geworden, und die Stationierung beginnt trotzdem; jetzt muß Schluß sein mit ‚Masse‘ und ‚Breite‘, jetzt ist Radikalität angesagt“ macht es gerade hier der DKP ziemlich einfach.

„Bei uns ist das Potential des Widerstandes noch längst nicht ausgeschöpft, so erklärten viele Kollegen. In den Betrieben und Gewerkschaften wird aber letztlich über den

Erfolg der Friedensbewegung entschieden. Hier vor allem gilt es zu mobilisieren, alle Möglichkeiten zur Aktion aufzugreifen. Wer sich mit

Neu erschienen!

Die Broschüre der KPD zum „Flick-Skandal“
Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, 32 Seiten, 3,— DM.



Eine bestechende Bilanz

Aber Herr Doktor!



Aus: „Holzarbeiter-Zeitung“, 2/85

Wirklich wahr...

Nach norwegischen Zeitungsberichten ist nur wenige Stunden vor Ablauf der Anmeldefrist US-Präsident Ronald Reagan für den Friedensnobelpreis 1985 vorgeschlagen worden. Obwohl die Mitglieder der Nobel-Komitees keine Einzelheiten über die Kandidaturen preisgeben dürfen, hat der Vorsitzende des Komitees die Meldung bestätigt. Danach soll der Vorschlag aus drei verschiedenen Teilen der Welt gekommen sein.

Das Ratespiel kann beginnen. Wer war's? Wir tippen auf: El Salvador, Südkorea und Bonn...

Der rote Jahresrückblick

Alle Ausgaben des Roten Morgen eines Jahres, fest eingebunden zum Sparpreis. Damit man jederzeit den Roten Faden zurückverfolgen kann... Das aktuelle Nachschlagewerk zur jüngsten Politik. Dokumentation, Kommentierung und Analyse.

Gebundener Jahrgang 83, 30 DM.

Vorbestellungen auf den RM-Jahrgang 1984 zum Preis von 35 DM bitte sofort an uns schicken.

Hiermit bestelle ich:

..... Stück

Roter Morgen, Jahrgang 1983 für 30 DM

Roter Morgen, Jahrgang 1984 für 35 DM

Die Lieferung erfolgt auf Rechnung zuzüglich Porto.

Name:

Anschrift:

An.: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Ausländer-Arbeitsgemeinschaft: „Kommunales Wahlrecht für Ausländer“

Mittwoch, 20. Februar, 19.30 Uhr im Thälmann-Buchladen, Margarethenstr. 58

Offener Schulungsabend der KPD

Donnerstag, 21.2., 19.00 Uhr, Thälmann-Buchladen, Margarethenstr. 58

Anti-NATO-Veranstaltung

Veranstaltet von KPD und GIM

Freitag, 22. Februar, 19.30 Uhr, Taverne Sorba, Jarrestraß 27, Hamburg-Barmbek

KPD-ARBEITSLOSENTREFFS

Arbeitslosentreff Nord:

Samstag, 16. Februar, 11 Uhr, Bremen-Göppeligen, im Kulturladen Halmer Weg

Arbeitslosentreff Mitte: Samstag, 2. März, 11.00 Uhr

Im zentralen Büro der KPD in Dortmund Hörde, Wellinghofer Str. 103

Wochenseminare der KPD 1985

Kapitalistische Wirtschaftskrise — marxistische Krisentheorie — Perspektiven der Krise in der BRD — Auswege Die Teilnehmer sollten mit Texten wie z. B. „Lohnarbeit und Kapital“ von Karl Marx vertraut sein.

Termin: 11.—17. März 1985

Seminar zur Einführung in den Marxismus

Themen: Einführung in die politische Ökonomie — Klassen und Klassenkampf — Staat und Revolution — Der Imperialismus — Was bringt uns der Sozialismus — Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Termine 23.—29. September 1985

4.—10. November 1985

Seminar in türkischer Sprache vom 15.—21. April 1985

Unkostenbeitrag pro Woche 70,— DM

Anmeldungen ab sofort an: Detlev Schneider, Holstenring 5, 2000 Hamburg

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westbeck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr, 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18, Tel.: (030) 6228474